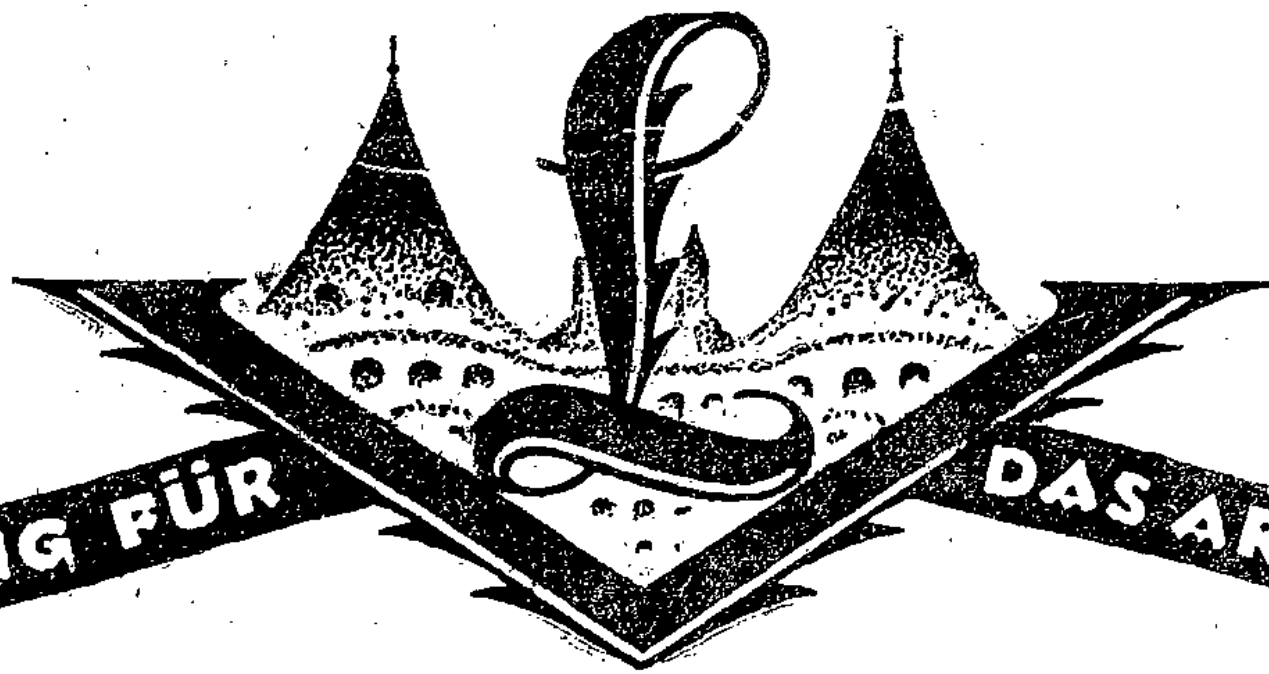


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postfreiins Haus monatlich 32 M., Einzelverkaufspreis 1,50 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Beilage oder deren Raum 7,50 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagegebühren 1000 Stk., 150 M. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 194.

Montag, 21. August 1922.

29. Jahrgang.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

SPD. Berlin, 20. August.
Von dem Ausgang dieser Woche hängt nicht nur vieles für das Schicksal der Zukunft des Deutschen Reiches, sondern auch der Zukunft Europas ab. Die ganze Welt leidet unter der Auswirkung des Londoner Reparationsdikts, das leider bis heute dank der Uneinigkeit der Mächte nicht wesentlich geändert wurde, trotzdem man allgemein auf Grund der Erfahrungen der Auffassung werden mußte, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Diese Auffassung wurde Anlaß zu allen Wirtschaftskonferenzen, die nach dem Mai 1921 stattfanden und diese Erkenntnis war letzten Endes auch der Grund, der die Reparationskommission dazu nötigte, zwei Vertreter zu direkten Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin zu entsenden.

Der Engländer Bradburn und der Franzose Mauciere, die diese Verhandlungen führen sollten, sind am Sonntag abend in Berlin eingetroffen. Ueber ihre Vollmachten ist bisher ebenso wenig bekannt wie über die Forderungen, die sie stellen werden. Aber es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß ihre Aufgabe darauf hinausläuft, als Gegenleistung für ein Moratorium bis zum Ablauf dieses Jahres Garantien zu erwirken, die einmal von der deutschen Regierung freiwillig zugestanden werden und die andererseits dazwischen liegen, daß sie die Einigkeit nicht nur innerhalb der Reparationskommission, sondern auch innerhalb der Ententeaktion gewährleisten, bezw. wiederherstellen.

Die Reichsregierung hat zu dem am Montag vormittag beginnenden Besprechung alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Die zuständigen Ressorts haben umfangreiches Material bereitgestellt, das sich mit der Notlage der deutschen Wirtschaft eingehend beschäftigt und das außer einem Nachweis vom guten Willen Deutschlands zur Erledigung seiner Reparationsverpflichtungen insbesondere über den Notstand der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Mittelstandes umfangreiche statistische Aufnahmen enthält. Die Vertreter der Reparationskommission sollen auf alle Fragen eine klare und objektive Antwort erhalten, um so selbst den Eindruck zu erlangen, daß alles das, was der oberste Beamte Reichsfinanzdirektor in den jüngsten Tagen äußerte, nicht auf freier Erfindung, sondern auf Tatsachen beruht, und daß Deutschland trotz seiner Notlage immer noch bereit ist, zur Beruhigung der konfliktsschwangeren Atmosphäre in Europa sein Möglichstes beizutragen.

Bei allem guten Willen der Reichsregierung, mit den Vertretern der Reparationskommission zu einer Verständigung zu kommen, wird alles abgelehnt werden müssen, was angesichts unserer wirtschaftlichen Not unmöglich erscheint. Darüber muß man sich in Paris von vornherein klar sein, daß die deutsche Reichsregierung nicht bereit ist, einen Schritt zu machen, der nicht nur den endgültigen Ruin Deutschlands, sondern auch einen Niedergang Europas bedeuten würde. Leicht wird eine Verständigung in Berlin zu finden sein, wenn die Vertreter der Reparationskommission politische Motive von der Besprechung ausschalten und sich nur von rein wirtschaftlichen Grundsätzen leiten lassen. Stellen sie den wirtschaftlichen Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands gegenüber, dann werden auch sie zu Ueberzeugung kommen müssen, daß der Erfüllungswille der deutschen Regierung bis auf die äußerste Grenze erschöpft ist, und daß zunächst eine Amputation notwendig ist, um der Bevölkerung Deutschlands, die ihr letztes lediglich des lieben Friedens willen hingegeben hat, jetzt vor allem die Möglichkeit zum Leben zu geben. Deutschland kämpft nicht um politische Ziele, sondern es kämpft nur den ehrlichen Kampf, um das Leben seines Volkes.

Die Forderung nach „produktiven Pfändern“, wie sie in Paris mit aller Hartnäckigkeit verfolgt werden, bildet nicht die Basis einer Verständigung. Diese Forderung und das gleichzeitige Verlangen nach Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, wovon doch die Erledigung unserer Verpflichtungen abhängig ist, bedeutet einen Widerspruch in sich. Eine Verständigung, der die Reichsregierung ruhigen Gewissens zustimmen kann, wird in der Gewährung eines Moratoriums liegen, dessen Garantien Deutschlands Produktivkraft nicht noch weiter hemmen. Statt „Produktiver Pfänder“, produktive Arbeitsmöglichkeit ohne neue Fesseln.

Die Ankunft der Rep.-Ko.-Delegation in Berlin.

Berlin, 20. August.
Die von der Reparationskommission abgeordnete Delegation ist heute in Berlin eingetroffen. Offiziell haben die Herren ihre Ankunft jedoch noch nicht bekannt gegeben. Von deutscher Seite haben die an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts eifrig die Besprechungen untereinander fortgeführt um für die Verhandlungen der nächsten Tage voll gerüstet zu sein.

Deutschösterreich vor der Katastrophe.

Der Bundeskanzler Prälat Seipel reist nach Prag und Berlin, um mit Dr. Beneš und Dr. Wirth über die Katastrophe zu beraten, die dem deutschösterreichischen Volk droht. Die Verweigerung der Kreditfrage durch die Londoner Ententekonferenz

zur Vorbereitung an den Völkerbund hat die deutschösterreichische Krone fast schon auf den Nullpunkt sinken lassen, die Lebensmittelpreise brüden sich bereits in astronomischen Zahlen aus, z. B. das Rilo Wurst 15 000, das Rilo Schweinefleisch 30 000, der Laib Brot 4400 Kronen. Die Vorräte der Getreideanstalt, mit denen das Brot noch „verbilligt“ wurde, sind erschöpft; inländisches Getreide ist rar und nicht billiger als ausländisches.

Aus Innsbruck wird gemeldet: Die Bedrohung der Tiroler und der übrigen deutschösterreichischen Arbeiterschaft durch die in Aussicht stehende Hungerkatastrophe ist in den letzten Tagen durch den neuen Sturz der Krone wesentlich verschärft worden. Die sozialdemokratische „Volks-Zeitung“ veröffentlicht einen Aufruf mit der Überschrift: „Schluß mit dem Fremdenverkehr!“ Der Aufruf schließt mit den Worten: „In wenigen Wochen muß eine furchtbare Not bei uns eintreten, eine Not, die das Volk zur Verzweiflung treiben muß. Je mehr Esen im Lande, desto größer die Not. Das Gebot der Selbsterhaltung diktiert allen Bevölkerungsschichten unseres Landes, die von der furchtbaren Teuerung betroffen werden und die, wenn die Katastrophe eintritt, nicht aus dem Lande flüchten können, wie es die Valutafremden tun, die Forderung: „Schluß mit dem Fremdenverkehr!“

Drei Sätze des Finanzolltarifs werden auf 50 Prozent der Goldparität festgesetzt. Für lebenswichtige Artikel wie Zucker, Tee, Kaffee wird der Zollsatz nur 40 Prozent der Goldparität betragen.

Orientalisch-türkische Friedenskonferenz in Venedig.

London, 21. August.

Wie der Daily Express zu wissen glaubt, hat England in der Note, die es gestern in der Orientfrage an Frankreich sandte, seine Zustimmung zur Einberufung einer Friedenskonferenz in Venedig gegeben. Diese Konferenz könnte nach englischer Ansicht einberufen werden, sobald die Griechen und Türken ihre Zustimmung gegeben haben. Die Alliierten werden durch ihre Oberkommissare in Konstantinopel vertreten. Es verkundet, daß die Regierung von Angora bereits ihre grundsätzliche Zustimmung zur Entsendung von Vertretern gegeben hat.

Vor neuen heftigen Kämpfen in Irland.

Paris, 21. August.

Aus London wird berichtet, daß gegen den Oberbefehlshaber der Armee des Irischen Freistaates Michael Collins ein Attentat verübt worden ist. Der General sollte sich im Automobil nach Dublin begeben. Die aufständischen Truppen hatten die Straße belagert und gaben, als das Auto herannahte, ungefähr 30 Schüsse auf den Wagen ab. Gleichzeitig wurde eine Bombe geworfen. Collins befand sich aber durch einen glücklichen Zufall nicht im Auto und nur der Chauffeur wurde schwer verwundet. Der Morning Post berichtet, daß alles darauf hindeute, daß in Irland neue und sehr heftige Kämpfe von den Nationalisten vorbereitet werden. Die neue Taktik der aufständischen Truppen würde darin bestehen, einige große Attentate auszuführen und dabei soviel Schaden anzurichten als irgend möglich wäre. Es würden zu diesem Zweck Kolonnen von 30 bis 40 Mann gebildet, die in gleicher Weise operieren werden, wie die Freischaren, die vor der Erklärung der irischen Unabhängigkeit die irischen Truppen bedrohten.

U. Dublin, 21. August.

Als die nationalistischen Truppen gestern Tipperary verließen, um nach Cassel zu marschieren, sind sie in der Nähe von Geden in einen Hinterhalt geraten. In dem sich nun entzündenden Kampfe wurden 2 Offiziere und eine Anzahl Soldaten getötet oder verwundet. Andererseits wird mitgeteilt, daß die Truppen des Freistaates Ardraon und Millstreet eingenommen haben. An der Grenze von Ulster haben ebenfalls heftige Kämpfe zwischen Freistaatlern und Rebellen stattgefunden.

Rückkehr Wanderlips nach Amerika.

Paris, 21. August.

Der amerikanische Bankier Wanderlip, der langjährige Vizepräsident der New Yorker Citybank, ist auf der Rückkehr nach Amerika, nachdem er seine Studienreise in Europa und besonders in Oesterreich beendet hat. Wanderlip hat erklärt, daß er der Ansicht sei, Oesterreich sollte von einer amerikanischen Bank unter Vormundschaft gestellt werden. Die außerordentlichen Kurschwankungen in Zentraleuropa machten jeden Handel mit den mitteleuropäischen Ländern unmöglich. Es ließe sich nur ein Hilfsmittel finden, wenn man in Wien mit Hilfe einer amerikanischen Bank oder eines Bankkonzerns ein Zentralbureau errichten würde, das die Handelsunternehmungen in amerikanischer Währung subventionieren würde. Die internationalen Handelsbeziehungen würden sich sodann auf der Grundlage des Dollars ausbilden.

Die politische Lage in Sachsen.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.)

SPD. Am 23. August wird der sächsische Landtag seine Ferien unterbrechen und zu einer Zwischentagung zusammen-treten, um über das von allen bürgerlichen Parteien eingeleitete Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages zu beraten. Dieses Volksbegehren wurde bekanntlich als Vergelt für den Beschluß der sozialistisch-kommunistischen Landtagsmehrheit auf Erklärung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen eingeleitet. Da die notwendige Stimmzahl unter Zuhilfenahme der unlautersten Mittel aufgebracht wurde, muß dem Volksbegehren auf Einleitung des Volksentscheides über die Auflösung des Landtages stattgegeben werden.

Die Linksmehrheit im Landtage könnte es in Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse auf diesen Volksentscheid ankommen lassen. Er würde zweifellos zu einer glänzenden Rechtfertigung der jetzigen Landtagsmehrheit führen. Vorausgesetzt ist jedoch, daß die sozialistischen Parteien gewillt sind, den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien einig und geschlossen auszufechten. Davon kann aber bisher leider keine Rede sein. In allen wichtigen Fragen hat die kleine kommunistische Fraktion, ohne die leider eine Mehrheitsbildung nicht möglich ist, der Regierung Knüppel zwischen die Beine geworfen, und damit gegen die Interessen der werktätigen Volksmehrheit die Geschäfte des Bürgertums und der Nationalisten besorgt. So wurde z. B. das Gehalt des sozialdemokratischen Justizministers und später der vom unabhängigen Innenminister geforderte Aufwand für die Staatspolizei von den Kommunisten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Schließlich haben allerdings die Kommunisten aus Furcht vor der Abrechnung der Arbeiterbevölkerung mit der kommunistischen Politik doch für den Gesamtetat gestimmt und so der sozialistischen Regierung das Bleiben ermöglicht. Trotzdem haben sie aber immer wieder die Auflösung des Landtages gefordert und auch jetzt verlangen sie zur Freude der bürgerlichen Parteien kategorisch einen in diesem Sinne gehaltenen Beschluß des Landtages, wodurch das Volksbegehren auf Volksentscheid über diese Auflösung von selbst erledigt sein würde.

Die beiden sozialistischen Landtagsfraktionen hätten gar keine Veranlassung, diesem Verlangen auf Landtagsauflösung entgegenzutreten, wenn nicht durch eine vorzeitige Auflösung des Landtages die Verabschiedung außerordentlich wichtiger Gesetze schwer gefährdet und für absehbarer Zeit überhaupt in Frage gestellt würde. Erinnert sei nur an die Gemeindevorparlamentsreform. Nur um diese wichtigen Gesetze unter Dach und Fach zu bringen, haben sich die beiden sozialistischen Parteien den bürgerlich-kommunistischen Forderungen auf Auflösung des Landtages bisher widersetzt. Wenn dem Volksentscheid freier Lauf gelassen würde, dann bestände die Möglichkeit, vor seinem Abschluß die schwebenden Vorlagen und vor allen Dingen die Gemeindeverfassungsreform noch zu vollenden. Sie wäre dann gesichert, auch wenn die Kommunisten es fertig bringen sollten, ihre Anhängerschaft dazu aufzurufen, beim Volksentscheid mit dem gesamten Bürgertum für die Auflösung des Landtages zu stimmen und dadurch die Landtagsauflösung vor dem ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlperiode herbeiführen zu helfen.

Um eine Gelegenheit zu schaffen, ohne Gefährdung der wichtigen Gesetze eine Landtagsauflösung zu ermöglichen, hat unsere Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, der eine befristete Auflösung vorschlägt und verhindert, daß zwischen Auflösung und Neuwahl eine landtagslose Zeit liegt. In der festgesetzten Frist, in der der neue Landtag gewählt werden muß, soll also der als aufgelöst geltende Landtag bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlaments weiter arbeiten. Dadurch wäre die Verabschiedung wenigstens der Gemeindeverfassungsreform gesichert.

Da es sich bei dem Antrage um eine Verfassungsänderung handelt, ist zu seiner Annahme die Anwesenheit von

zwei Dritteln der Abgeordneten in der beschlußfassenden Sitzung und eine Zweidrittelmehrheit der in der Sitzung Anwesenden erforderlich. Von dem Schicksal des Antrages wird es abhängen, ob die sozialistischen Fraktionen am 23. August der Landtagsauflösung ohne den Volkseinstimm abzuwarten, zustimmen werden oder nicht.

Bayern und das Reich

Berlin, 20. August.

Die Rücksprache der bayrischen Regierungsvertreter mit Vertretern des Reichsministeriums hat gestern nach mehrstündiger Beratung in einzelnen Punkten zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Zu einer endgültigen Regelung ist die Anwesenheit des Reichspräsidenten und des Reichsministers Dr. Brücker notwendig, die am Sonntag vormittag von Hamburg zurückkehren. Nach einer Rücksprache der bayrischen Vertreter mit dem Reichspräsidenten sollen dann am 11. Uhr die Beratungen über die hauptsächlichsten vom Reichsministerium zu entscheidenden Punkte fortgesetzt werden. Es handelt sich bei der Rücksprache des bayrischen Innenministers und des Justizministers lediglich um Auskünfte über das Protokoll; eine Klärung der bereits vom Grafen Lerchenfeld unterzeichneten Vereinbarungen kommt nicht in Frage. Man erwartet, daß die Besprechungen am Sonntag zum endgültigen Abschluß geführt werden und Mitte dieser Woche die bayrische Regierung die Notverordnung aufhebt.

München, 19. August. (Drahtbericht.)

In München ist zweifellos eine Beruhigung in der politischen Lage eingetreten. Die deutschnationalen und die bayrischen völkischen Blätter führen zwar noch ihre übliche Polemik fort, auch vor allem gegen die sozialistische Presse; aber sie schämen sich doch an, allmählich klein beizugehen. So schreibt die bayrische völkische „Korrespondenz“: „Die bayrischen Unterhändler sollen mit dem Frieden in den Altentischen nach Berlin. Ob sie ihn nach Hause bringen werden, wird davon abhängen, ob man auch in Berlin den Frieden will.“

Sehr viel zur Beruhigung der Gemüter trägt offensichtlich die Sprache der „Staatszeitung“ bei. Der heutige Leitartikel sagt, Bayern dürfe keine Forderungen stellen, die Baden, Württemberg, Hessen und Preußen nicht ebenfalls zu verlangen berechtigt wären. Die fortgesetzte Unklarheit und des Mißtrauens zwischen den Ländern und dem Reich müßten gleichermäßen die Autorität der Länder untergraben und lediglich den radikalen Elementen rechts und links Wasser auf die Mühlen liefern.

Die Ausweisungen aus Elbst-Bohringen.

Das Deutsche Rote Kreuz teilt uns mit: Die auf Grund der „Revisionsmaßnahmen“ von der französischen Regierung ausgewiesenen Deutschen aus Elbst-Bohringen werden bei ihrem Eintritte in die Flüchtlingsfürsorge des Deutschen Roten Kreuzes aufgenommen. Das Deutsche Rote Kreuz übt die amtliche Fürsorge für die aus Elbst-Bohringen wie auch für die aus allen übrigen abgetrennten Gebieten des Reiches Vertriebenen im Auftrag des Reiches und unter unmittelbarer Aufsicht der Reichs- und Staatsbehörden aus. Die Auswanderung aus Elbst-Bohringen, die insgesamt etwa 140 000 bis 150 000 Personen umfaßt, hatte mit dem Ende des Jahres 1921 einen gewissen Abschluß gefunden, und der Fürtzgang oblag lediglich noch, die dauernd Erwerbsunfähigen zu unterstützen. Um die neuemittelteten Ausgewiesenen sachgemäß zu betreuen, sie vorübergehend aufzunehmen und ihnen Arbeit und Wohnung und damit eine neue Heimat verschaffen zu können, sind alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden.

Internationaler Postkongress.

Auf dem Internationalen Kongress des Post- und Telegraphenvereins referierte am Sonnabend Hr. Kolshorn über: „Die beamtete Frau in den europäischen Ländern“. Das Referat schloß ab die auf dem letzten Kongress angenommenen Richtlinien an, in denen gefordert wurde: 1. Gleiche Löhne für gleiche Arbeiten unter gleichen Bedingungen. 2. Freier Zutritt der Frauen zu allen Diensten innerhalb der Post- und Telegraphenbetriebe unter gleichen Vorbedingungen. Außerdem fanden die Fragen des Eheerbes für die beamtete Frau und der Frauen-Nacharbeit zur Diskussion. Zur Frage der Beschäftigung verheirateter Beamtinnen bestehen Richtlinien nicht in Deutsch-Oesterreich, Ita-

Die Uebersee-Woche Hamburg.

Von Hermann Sauer.

I. Unsere Schwerkraft an der Elbe hat gegenwärtig große Tage. Rein äußerlich betrachtet geht das Getriebe der Millionenstadt hinter gewöhnlichen Gang. Zwischen den Steinmauern eilen die Menschen und haben, in den Fabriken lauten dieäder, in den großen Handelsbetrieben die Federn und Klappen die Scheitelmärsche. Auf der Elbe jagen Ewer und Seichter, auf den ausgebauten Werftanlagen hämmern und dröhnen es. Hunderttausende Menschen sind hienortschick, schaffen Werte, bauen am neuen Deutschland. Die Hunderttausende gehen, trümpfen, jagen, führen ihren Stößen zum Arbeitsplan, verrücken sich hin und die Hüten das Lebensnotdürftige in eintlicher Arbeit zu erwerben. Aber ihr „leher Lohn“ zerrinnt ihnen unter den Händen. Sentt sich der Schritt dieser Rechtsgeplanten nach dem Schicksal dem häuslichen Herz zu, gewahren sie voll Genuß an den unangenehmen Warenpreisen, daß sie weit mehr Kraft vermag haben, als sie mit den vertriebenen Familienmitgliedern wieder einrichten können. Der Dollar hat sich überlagert, ein heimliche Lebensenergie zerlegt, nationalwirtschaftliche Werte losgerissen. So geht es seit Jahr und Tag, so gehen die hiesigen Kreise am Markt des Volkes. Der einzelne hat diesen Markt nicht zu übersehen. Der einzelne hat diesen Markt nicht zu übersehen. Der einzelne hat diesen Markt nicht zu übersehen. Das deutsche Volk geht zugrunde trotzdem!

II. Aber dies nicht. Wir gehen es nicht zu. Die Leistung der Welt, der Wille zum Dasein ist viel zu groß, als daß wir unsere Lebensenergie nach mit laßiger Selbstmitleidigkeit bewahren. Wo so viel Arbeitskraft zum Verfügung steht, wie auf der Uebersee-Woche in Hamburg, da gibt es weder Sorgen noch Verzweifeln. Auch verdrängen andere deutsche Städte diesen Markt an die Elbe. In der Uebersee-Woche in Hamburg, Kiel mit seiner Nordischen Welt, Wuppertal mit ihrer Rhein, den unerschöpflichen Leistungen der deutschen Völker steht auch Professor Geur nicht. Was dieser hochgeschätzte Volkswirtschaftler bei der Eröffnung des Weltwirtschaftskongresses am vergangenen Freitag drüber in Hamburg sagte, dokumentiert er am Abend gestern beim Empfang des Reichspräsidenten der Gesellschaft zur Förderung der Uebersee-Woche im Reichshaus wieder. Denn der Mann aus Hannover ist

lieu, Luxemburg, Schweiz und Schweden. Eine Regelung des Arbeitsverhältnisses und der Zeit vor und nach der Schwangerschaft besteht in Deutschland, Holland, Rußland und der Tschechoslowakei. In Deutschland, Holland, Rußland und der Tschechoslowakei verrichten Frauen und Männer den gleichen Nachdienst. Die bedingungslose Ueberlassung des Telefondienstes an das weibliche Personal wurde von der Referentin dahin beurteilt, daß die Schwierigkeit dieses Dienstes von den Beamten auf die Beamtinnen abzuwälzen versucht würde. Verlangt wird, daß die noch bestehenden Unterschiede in der Behandlung der weiblichen und männlichen Beamten unbedingt beseitigt werden. Dem Kongress wurden von der Referentin folgende Forderungen unterbreitet: Gleichstellung der beamteten Frau mit den Beamten in Besoldung und Aufstieg auf Grund gleichwertiger Vor- und Fachausbildung, Arbeitsbedingungen und Leistungen. Aufhebung des Eheerbes für die beamtete Frau. Gewährung einer angemessenen Abfindungssumme beim Ausscheiden der Beamtin aus dem Dienst wegen Heirat. Das Geld ist als ein Ausgleich für den Verlust der Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge anzusehen.

Bowen-England sprach über die Fortschritte auf dem Gebiete der Betriebskontrolle. Gallenberg-Deutschland erstattete Bericht über den Stand der Lohnfrage im Bereiche des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe. Diese Frage soll, da noch verschiedene Antworten ausstehen, in den künftigen Sitzungen des Vollzugsausschusses weiter behandelt werden.

Der Genußmittelverbrauch.

Der Dollar klettert unaufhörlich! Mit jeder Mark die mehr für ihn aufgewendet werden muß, wird der Einkauf von Rohstoffen aus dem Auslande schwieriger. Wir alle haben daher die Pflicht, unseren Verbrauch an ausländischen Genußmitteln und Luxusgegenständen einzuschränken, um nicht Devisen ins Ausland zu geben, die für die notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für unsere Industrie gebraucht werden. Wie wenig aber dieses in unserer Situation oberste volkswirtschaftliche Gebot beachtet wird, zeigt folgender Auszug aus der Statistik über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahr 1922. Es wurden für 130 Milliarden Mark ausgeführt und für 142 Milliarden Mark Waren eingeführt. Darunter befanden sich:

Tabak im Werte von	2 1/2	Milliarden Mk.
Kaffee	1 1/4
Obst und Südfrüchte	1,193
Frühgemüse	263	Millionen Mk.
Frühkartoffeln	125
Wein und Most	477
Liköre und Trinkbrant
weine	272
Syrit	252
Zigarren und Zigaretten	73
Bier	18

Da wir uns nicht den Luxus leisten können, daß unsere Mark durch die köstlichen Bedürfnisse einer Handvoll Genuß- und Schlemmer noch mehr entwertet wird, fordern wir von der Reichsregierung, daß sie nichts unternimmt, was geeignet ist, die Einfuhr von Genußmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

Das Verbot der „Roten Fahne“.

SPD. Zum Verbot der „Roten Fahne“ erklärt der „Soz. Parlamentsdienst“, daß die kommunistische Parteileitung mit dem preußischen Ministerium des Innern Fühlung nahm, um eine Aufhebung des Verbots zu erreichen. Die Bemühungen waren erfolglos, da vom Ministerium die Aufhebung des Verbots abgelehnt, aber eine gewisse Milderung in Aussicht gestellt wurde, wenn die Redaktion der „Roten Fahne“ Sicherungen dafür gibt, daß sich die Bestimmungen der Regierung nicht wiederholen. Die kommunistischen Unterhändler erklärten, dazu keine Vollmacht zu haben.

Der Brief an die bayrische Staatsregierung, in dem von dem Verbot Kenntnis gegeben wird, ist nicht, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, am Freitag, sondern erst am Sonnabend abgegangen. Dem Schreiben sind Zitate aus dem „Miesbacher Anzeiger“, dem „Bayrischen Kurier“ und der „Münchener-Augsburger Abendpost“ beigegeben, die Beleidigungen der Reichs- bzw. preußischen Regierung enthalten. Das preußische Ministerium des

legte zuerst seinem niederhöfmetenden Satz das Wörtchen: „wenn ...“ Wenn die weltwirtschaftlichen Kräfte nicht mächtiger wären als alle Verträge, geschloßen auf machtpolitischer Grundlage und ideologischer Einbildung. Was geundeter Verstand vorerst nicht erzielen kann, die Zeit wird es notgedrungen erzwingen. Der zweite Bürgermeister Hamburgs, Genosse Stoiten, hob am selben Abend den Lebenswut des deutschen Volkes hervor.

III. Die Uebersee-Woche Hamburg und der mit ihr verbundene Weltwirtschaftskongress sind dem die. Professor Handelslehre-Vorleser gen. nachdem Geheimrat Dr. Curt Juras akademisch die Wiedereröffnung Europas erklärt hat, die städtischen Kräfte der Weltwirtschaft“ aus der Tiefe. Sie werden sich durchsetzen. Sie müssen sich durchsetzen. Die bedeutendsten Männer des Kontinents können in Hamburg zusammen, um am neuen Weltmarkt mitzumachen. Aus Deutschland, Schweden, der Schweiz, Holland, Spanien sind sie gekommen. Rußland schickte Kräfte aus England kommt Regner. Die deutschen Gewerkschaften beauftragten ihren Vorsitzenden Greumann, landten den Genossen Wipfel. Denn es darf nicht vergessen werden: was auch werden mag, die Zeit wird auf den Rücken der deutschen und internationalen Arbeiterklasse gedrückt werden. Sie ist die Lebensenergie der zusammengeschlossenen Weltwirtschaft. Das zeigen die tabellarischen und graphischen Darstellungen über die Wirkung des Friedensvertrages im Hamburger Gewerkschaftshaus. Dort ist festgelegt das Ergebnis des deutschen Arbeiters in den Reparationsangelegenheiten, der Arbeitsvertrag, die Arbeitsleistungen, die Wirkung des Berliner Vertrages auf die Arbeiter in anderen Ländern, die geschwundene Kaufkraft des deutschen Arbeiters und Beamten. Auch die Friedensvertragsauslegung in der Unkenntnis erzeugt Aufgaben. Wer die Wirkung gewalttätiger Konstante am Volkstörper hindern will, findet in der Ausbeutung zur Bekämpfung der Unkenntnis in der Brennpunkte ständige Beispiele. Gemeine genug, um das Interesse des arbeitenden Volkes an der Erneuerung der Welt wahrzunehmen.

IV. Die Kräfte werden mobil gemacht, um der Welt der Arbeitenden des deutschen Volkes, der Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmanns zu zeigen. Ungeheuer groß ist die Sachkenntnis der deutschen Völker. Anstellungen in den verschiedenen Stadien werden helfen für den, den wütenden Volkstörper kennenden Sachverständigen. Der Hamburger Gewerkschaftler hat die Industrie- und Arbeitergewerkschaften aus allen Teilen Deutsch-

Innern gibt der Erwartung Ausdruck, daß die bayrische Regierung die Regierungen des Reiches und der Länder ebenso vor Berleumdungen schützen wird, wie die preussische Regierung es getan hat.

Abschluß der Breslauer Gerhardt-Hauptmann-Festspiele.

Breslau, 21. August.

Die Gerhardt-Hauptmann-Festspiele fanden am Sonntag ihren Abschluß. Der künstlerische Erfolg dieser Veranstaltungen ist ein hervorragender gewesen. Der Präsident der Bühnengemeinschaft Klädt dankte allen, die sich um das Zustandekommen der Hauptmann-Festspiele verdient machten. Intendant de Bries-Stadholm und Direktor Berg-Amsterdam gaben den deutschen Kollegen im Savoy-Hotel einen Tee und rühmten die Hauptmann-Festspiele als ein künstlerisches Ereignis, das auch im Auslande als ein Stück deutscher Kultur gewürdigt worden ist.

Kohlenproduktion und Bergarbeiter.

Dem internationalen Bergarbeiterkongress, der seine Sitzungen Anfang August in Frankfurt abhielt, haben die Landeszentralen der verschiedenen Länder ihre ausführlichen Berichte über die Lage der Kohlenproduktion und der Bergarbeiter vorgelegt. Es bot sich hier eine gute Gelegenheit, die Verhältnisse in den einzelnen Ländern gegenseitig in Erfahrung zu bringen; die Berichte lieferten gleichzeitig eine für die Verhandlungen geeignete Grundlage.

Der Bericht des Deutschen Bergarbeiterverbandes schließt mit folgender bemerkenswerten Feststellung: „Konnte man 1920 noch von einer Weltkohlennot sprechen, so ist diese jetzt als behoben anzusehen. Es gibt lediglich nur noch eine deutsche Kohlennot.“ Die Produktionsziffern aus den verschiedenen Staaten bestätigen diese Behauptung. Die Kohlenförderung der Vereinigten Staaten vor dem gegenwärtigen Kohlenstreik hat die Vorkriegsproduktion wesentlich übertraffen. England hat die Vorkriegsproduktion bereits lange erreicht und nur die infolge der Krise eingetretene Abfahrlage hat eine zeitweilige Verminderung der Produktion verursacht; gegenwärtig ist dort die Menge der Frieberszeugung wieder erreicht. Die Kohlenförderung von Belgien und Frankreich (mit Saargebiet und Pfalz) war 1921 nicht wesentlich geringer, als vor dem Kriege. Wenn in diesen beiden Ländern trotzdem Abfahrschwierigkeiten für die Kohlenprodukte bestehen, so ist dies ausschließlich auf die für die Reparationspolitik zurückzuführen. Die deutsche Reparationspolitik von keiner unzureichenden Produktion abgeben muß, macht der französischen und belgischen Kohle eine schwer empfundene Konkurrenz. In dessen muß Deutschland, das infolge der großen Gebietsverluste wesentlich weniger Steinkohle als vor dem Kriege fördert, um nur mit der notwendigsten Kohle versorgt zu sein, teure englische Kohle einführen, was bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen zur weiteren Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz und zu fortschreitender Geldentwertung führt. Im Monat Juni hat Deutschland bereits 1 300 000 Tonnen englische Kohle einführen müssen, was auf ein Jahr umgerechnet ungefähr der Vorkriegseinfuhr Deutschlands entspricht.

Die englische Kohle konnte ihre ausländischen Märkte zurückerobert dank der gewaltigen Senkung des Kohlenpreises. Dieser betrug Mitte 1920 noch 82 Schilling pro Tonne, Mitte 1922 dagegen nur 22 Schilling. Draufschläge Lohnherabsetzungen haben dies ermöglicht. So konnte England, dessen Ausfuhr 1921 nur ein Drittel der Ausfuhrmenge von 1913 betrug, im Mai 1922 bereits so viel Kohle ausführen wie vor dem Kriege. Der amerikanische Kohlenstreik verschaffte dem englischen Kohlenbergbau große Lieferungsverträge, und demzufolge dürfte seine Ausfuhr die Friedenshöhe bereits übertraffen haben.

Sonnabend vormittag 11 Uhr begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Tariflöhne der Staatsarbeiter. Die Vorschläge der Regierungsvertreter, soweit sie sich auf die Spannung zwischen den Ortsklassen und die Berechnung der Frauenlöhne und Kinderzuschläge beziehen, riefen infolge des Widerpruchs der Gewerkschaftsvertreter eine ausgedehnte Diskussion hervor. Immerhin darf angenommen werden, daß mit Rücksicht auf die automatischen Auswirkungen, die sich für die Tariflöhne aus den Gehaltsveränderungen für die Beamten ergeben, eine befriedigende Lösung gefunden wird.

lands zusammengetragen, zur Schau und zum Kauf ausgestellt. Ungeheuer an Zahl sind die Artikel. Und mit der Quantität weitestgehend die Qualität. Aus der Fülle des Gebotenen nur wenig: Im Gebäude der Firma Emden Söhne am Rindingsmarkt sind die Musterlager sämtlicher Hamburger Exportware in Tertielen aufgelegt. Man staunt über die Fülle und Güte an Stoffen, Spitzen, Gardinen, Teppichen und der tausendfachen Socken und Säckelchen deutscher Industriezentren. Etwas ruhig macht nur die eine Tatsache, daß unsere hochentwickelte Textilindustrie, die so viel farbenprächtige Stoffe herdarzuberbeit, es nicht fertig bringt, einige hunderttausend Meter goldgelbes Jahrentuch auf den Markt zu werfen, um der Farbe der Republik Anerkennung zu verschaffen. Denn auch Hamburg zeigte am feierlichen Eröffnungstage ein trübseliges Bild. Mit Ausnahme der staatlischen Gebäude wehte nur vereinigt und verlassen die Reichsflagge.

Eine reichhaltige Musterchau von Exportartikeln bietet auch der Verein Hamburger Handelsvertreter am Millerntor, und im Gebäude der Technischen Staatslehranstalten am Lübecker Tor sind die vier Stodwerte mit wohl an Zahl in die Hunderttausende gehender Artikel der Elektrizitäts-, Werkzeug-, Maschinen- und sonstiger Industrien angefüllt. Ganz besonderes Interesse erhebt die Deutsche kunstgewerbliche Exportausstellung in der Kunstgewerbeschule am Gerckenfeld. Der raffinierteste Geschmack weitestgehend hier mit ausgeprägtem Kunstsinne. Stoff, Web-, Wirt- und Glaswaren farbenprächtigster Art erfreuen Auge und Herz. Keramik, Fayencen, Majoliken, geschliffene Glaswaren, ziselirte und getriebene Zierstoffe legen bereitetes Zeugnis deutschen Fleißes und deutscher Kunst ab. Und ein Volk von diesem gewaltigen Produktionsdrang soll trotz emsiger Arbeit dem Untergang geweiht sein? Wo solches Maß von Energie fließt, wäre die Verbreitung derartiger Gebanten hinderlich.

VI. Die Lebensenergie wohnt nicht nur im handel- und weltwirtschaftlichen Teil unseres Volkes. Sie pulsiert im gewaltigen Ausmaß in der Arbeiterschaft. Wie der Exporthandel zur Veredelung der Warengattung beigetragen hat, so wirken die Arbeiterorganisationen an der praktischen und ideellen Veredelung ihrer Mitglieder, führen jenes Heer, das uns im internationalen Weltkampf gegenwärtig erzieht. Die Ausstellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in ihrem stolzen Gebäude am Bismarckplatz gibt druffliche Beispiele. Eines von vielen: „Der Gewerkschaft“: 188: 5000 Auflage, Ende 1921: 511 200. Ein offen in die Welt Blickender bedarf der Erläuterung nicht. Er steht aus der umfangreichen internationalen gewerkschaftlichen Literatur der Bildungsdrang und sozialen Aufstiegs willen des arbeitenden Volkes. Die schöne Buchausstellung des Verlages von

Die Tscheta.

Russische Hilferufe an das Weltgewissen.

Endlich ist das Buch erschienen, das wie ein Scheinwerfer über das Schlachtfeld des russischen Bürgerkrieges leuchtet. Das Buch erscheint zur rechten Zeit. Es verstärkt den Protest gegen das Moskauer Bluturteil. Vielleicht bringt es Hilfe, Hilfe nicht nur den zum Tode verurteilten 12 Sozialrevolutionären, sondern auch Hilfe jenen ungezählten Arbeitern und Sozialisten, die keinen großen Namen haben, aber vielleicht noch größere Unbill erleiden müssen. Es ist Zeit, daß die Hilferufe der gequälten Kreatur von Rußland nach Europa dringen und bei den Arbeitern der ganzen Welt gehört werden. Die Dinge in Rußland, wie sie uns von dem in diesen Tagen in der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinenden Buch „Die Tscheta“ geschildert werden, sind so schlimm, daß die Welt sie nicht achtlos übersehen darf. In einem Nachwort zu diesem bedeutungsvollen Buch, das in die Hand jedes Arbeiters gehört, bemerkt die Buchhandlung Vorwärts:

„Die hier veröffentlichten Dokumente stellen sich als Auszüge aus den von russischen Sozialisten veröffentlichten Niederschriften der Opfer der Tscheta dar. Der Zweck dieser Veröffentlichung ist, das Weltgewissen zu wecken, damit es unausgesetzt an der Ueberwindung der Methoden blutiger Gewalttätigkeiten arbeitet, die aus dem zaristischen Regime und dem Massenmord des Weltkrieges heraus geboren, mit grauenvoller Folgerichtigkeit von den Bolschewisten im „Bürgerkrieg“ angewandt wurden.“

Vor kurzem brachte der Vorwärts einiges aus dem Schlußkapitel des Buches, das sich mit den Arbeitererschließungen in Astrachan beschäftigt. Man muß aber nicht nur das Schlußkapitel, man muß vor allem die Skizzen aus dem Gefängnisleben kennen, man muß einen Blick in das „Schiff des Todes“ getan haben, um den ganzen Ernst und die ganze Bedeutung des Vorwortes zur „Tscheta“ von Viktor Tschernow zu begreifen und zu verstehen. Mit packenden Worten und überzeugenden Argumenten wird das ganze System des Bolschewismus von Tschernow gekennzeichnet. Es wird einem rasch klar, daß der Versuch des sowjet-russischen Außenministers Tschitscherin, das Moskauer Bluturteil mit außenpolitischen Gründen zu rechtfertigen, völlig daneben geht. Was wir vor uns sehen, was sich in Rußland abspielt, das ist keine rein politische Angelegenheit, es ist ein Kultur- und zivilisatorischer Zerfall, es ist moralische Entartung, es ist Wahnsinn, sozial-psychische Erkrankung, wie sie die Geschichte mehrfach kennt im Irrsinn der mittelalterlichen Inquisition, im Hexenwahn, in allen jenen Versuchen, mit blutigem Mord und brutaler Gewalt neues Leben zu schaffen.

„Unter dem bolschewistischen Regime“, sagt Viktor Tschernow in seinem Vorwort zur „Tscheta“, ist Rußland wirklich zu einem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ geworden. Und sollte jemand die Wahrheit der Berichte über die Folter bezweifeln, wenn sie von den politischen Gegnern der herrschenden Partei ausgehen, so wollen wir uns auf die Geständnisse ihrer eigenen Verleumdiger berufen: Im Ausland und in Rußland gibt es nämlich eine ziemlich starke Bewegung, deren politische Lösung die sogenannte „Grenzveränderung“ ist. Die Anhänger dieser Bewegung kann man alles möglichen, nur nicht einer Ueber-treibung der Schattenseiten der bolschewistischen Wirklichkeit verdächtigen. Im Gegenteil: sie sind bereit, die Krenschtschins selbst in den blutigsten ihrer Taten zu rechtfertigen unter Berufung auf historische Präzedenzfälle — Sulla, Ivan den Furchtbaren, Peter den Großen, Richelieu, Cromwell, Robespierre u. a. Jeder von diesen, sagen sie, hätte gewußt, wozu er das Blut vergossen, und was das, was er hatte, richtig und nützlich, — so hat die Geschichte ihm auch seine Blutsünden vergeben. . . . Nicht darum handelt es sich, daß die, die fest und streng sein müssen, allzu fest, allzu streng sind. Ein solcher Fehler ist bei der heutigen russischen Staatsmacht vielmehr ein Vorzug. . . Ein energischer, gebieterischer russischer Machthaber ist unerlässlich, er beugt den Willen des Volkes unter seinen eigenen Willen, über sei-

nem Wert vernachlässigt er erhabene, ja zuweilen heilige Aufgaben. Bei seinem schweren groben Werk erlaubt er sich nicht einmal den moralischen Luxus, rein zu sein. . . . (Briscew, Pulschin: „Der neue Glaube“ — „Grenzveränderung“, S. 122—147.)

Kein Wunder, wenn dann der Amtsmißbrauch bis zur Nötigung von Frauen zum Konkubinat geht, kein Wunder, wenn der Terror etwas Selbstverständliches wird. Wird den Kommunisten gegenüber auf die Greuel des Terrors hingewiesen, dann erfolgt prompt die Ausrede, die Gegenrevolution set es, die die bolschewistischen Führer geradezu zum Terror zwingen.

„Man soll uns nicht sagen“, schreibt Tschernoff, „daß die Sowjetmacht, einem gehegten Tier gleich, das sein Leben mit Zähnen und Klauen verteidigt, im Zustand der erlaubten Selbstwehr sich befunden hätte. Keine Selbstwehr vermag wüste Verhöhnung von Menschen, Notzucht, Korruption zu rechtfertigen. Weiterhin aber wird jeder, der diese Sammel-schrift gelesen hat, sagen müssen, daß jenes Argument jetzt ein für allemal erledigt ist: er wird nämlich aus ihr ersehen, daß dieselben Menschen, die noch gestern zusammen mit ihren heutigen Opfern in den Gefängnissen schmachteten, heute in denselben Gefängnissen ihre geizigen Haftgenossen nur deswegen verschmähen lassen, weil diese den Losungen des Sozialismus treu blieben, während die neuen Machthaber das sozialistische Lager, den Irrlichtern des neugeborenen bolschewistischen Kommunismus folgend, verlassen hatten.“

Aber nicht nur die politischen „Verbrecher“, auch die wirklichen Verbrecher bis zu den kleinen Dieben herab, werden ohne jede Spur von Humanität gepeinigt. Unter dem bolschewistischen Regime ist die Armut nicht geringer, sondern größer geworden. Aber die Opfer der Armut, die Opfer der bolschewistischen Gesellschaft, erfreuen sich bei der Sowjet-justiz keiner Sympathie.

Keine Spur von Menschlichkeit, nichts als die Ueber-tragung des Krieges von den Grenzen des Landes in das Innere des Landes. Requisitionen, Brandstiftungen, Massen-erschließungen, Konzentrationslager, Geißelsystem. Alle Arten von Kriegsspielen haben sich entwickelt. Der Staat wird zum allgewaltigen Mord. Die soziale Ideologie wird militarisiert. Es schlug die Stunde des Todes für alle Freiheiten. Ueberall Sperren, Aus- und Einreiseverbot, Kontrolle der Persönlichkeit, Verhöre und Inquisitionen des Gewissens. Dieser kriegerische „Kommunismus“ ist von Sozialismus noch weiter entfernt als der Himmel von der Erde. Die Staats-maschine verarbeitet den „Menschenrohstoff“, die „Abfälle“ wandern in die Kerker der Tscheta. In der Frage des „Ar-beitspersonals“ der Tschetas in der Person ihrer Diener wurde die Institution der Sowjetmacht am empfindlichsten vor der Geschichte gestraft. Der affektierte prinzipielle „Amo-ralismus“ der Sowjetherren führte bei diesem Arbeitsper-sonal bis zum Herabsinken unter das menschliche Ebenbild. Die Tschetas wimmeln von kranken, psychologisch verstimmel-ten Menschen. Fenster, die ihren Opfern die Goldzähne aus-brechen, Fenster, die überreizt köhnen: „Ja, ich kann nicht schlafen: die ganze Nacht quälten mich Leichen.“ „Ich war ein tapferer Soldat“, erklärte ein Soldat aus der Moskauer Tscheta, „einige Male ging ich den Deutschen im Bajonett-kampf entgegen, zweimal wurde ich verwundet und habe viel Elend und viel Blut gesehen, doch dies alles ist lange nicht so schrecklich wie der verfluchte Keller in der Subjanka.“ Wo rief der Russische Gjakonow den Fenstern zu? „Rührt sie nicht an, ich weiß doch, daß man Euch die Frauen vor der Erschießung nicht anvertrauen darf.“ (S. Die Tscheta, Seite 77.)

Die Opfer haben nun das Wort. „Ihre Zeugnisse“, sagt Tschernoff, „schreien zum Gewissen der ganzen Menschheit. Und vor allem zum Gewissen der Neuen Welt, die die alte, greisenhafte ablösen soll, zum Gewissen der Welt der Arbeit. Von dieser erwarten wir die lauteste Stimme des Protestes, die Stimme der beleidigten Menschenwürde, des Menschen-gewissens, das sich mit Bestialitäten nicht ausöhnen kann. Möge also diese Stimme machtvoll wie ein ungekümtes Don-nerrollen überall ertönen.“

Der Streit um die Reparationsleistungen.

Mit einer in ihrer Art staunenswerten Hartnäckigkeit hat Poincaré jetzt in London wieder sein ewiges Sprüchlein her-gehohlet, das „blühende“, „wohlhabende“ Deutschland habe bisher auf Grund des Friedensvertrages noch nichts geleistet, was der Rede wert wäre. Diese Behauptung in Gegenwart des englischen Schatzkanzlers Horne, der zwei Tage vorher erst im Parlament festgestellt hatte, die bisherigen deutschen Reparationsleistungen seien mit etwa 10 Milliarden Gold-mark zu bewerten, zu wiederholen, ist immerhin ein starkes Stück. Der „Erfolg“ war, daß Lloyd George nachdrücklich darauf hinwies, daß Deutschland trotz seiner drei Revolu-tionen und trotz der Schwäche seiner Regierungen „schon“ 10 Milliarden Goldmark gezahlt habe! So anerkanntswert diese Aufrichtigkeit der englischen Staatsmänner auch ist, wengleich sie im Grunde wirklich nur den allerprimärsten Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht, so dürfen wir doch nicht aufhören zu betonen, daß nach un-seren Schätzungen die bisherigen Leistungen Deutschlands einen erheb-lich höheren Wert darstellen. Rathenau hat in seiner Repara-tionsrede vom 29. März d. J. den Gesamtbetrag der deut-schen Friedensvertragsleistungen ohne Kolonien, Verluste in Westpreußen, Posen und Oberschlesien auf 45,6 Milliarden Goldmark veranschlagt, die sich im einzelnen auf folgende Kosten verteilen:

	Goldmark
Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11,7 Milliarden
Die ausgelieferte Flotte	5,7 „
Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten	6,5 „
Uebergebenes Eisenbahn- u. Verkehrsmaterial	2,0 „
Andere Leistungen nichtmilitär. Charakters	5,8 „
Verlust der deutschen Ansprüche an seine Kriegs-verbündeten	7,0 „
Saargruben	1,1 „
Bisherige Kohlenlieferungen	1,3 „
Reparationsleistungen in bar	1,5 „
Verschiedene kleine Posten	3,2 „

Berücksichtigt man, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, außerdem noch den Wert der Kolonien, die privaten und staatlichen Eigentumsverhältnisse in Westpreußen, Posen, namentlich aber in Oberschlesien, so dürfte sich die oben an-

gegebene Summe nach mittleren Schätzungen auf über 100 Milliarden Goldmark erhöhen.

Die Differenzen zwischen den deutschen Schätzungen und denjenigen der Entente erklären sich durch außerordentlich starke Minderbewertung der fraglichen Objekte. So hat man beispielsweise den Wert des in den abgetretenen Gebieten überlassenen deutschen Staatseigentums mit 2,5 Milliarden Goldmark angesetzt, während er sich nach unseren Feststellun-gen auf mindestens 6,5 Milliarden beläuft. Die Saar-gruben sind für kaum ein Drittel des wirklichen Wertes von Frankreich gutgeschrieben worden. Der Friedenswert der Handelsflotte betrug rund 1,5 Milliarden Mark. Der Wert im Monat der Ablieferung konnte bei den damals außer-ordentlich hohen Preisen für Schiffraum auf ein Mehrfaches dieses Betrages veranschlagt werden. In Rechnung gestellt worden sind aber ungefähr 700 Millionen Goldmark, da man die im Monat der Abrechnung infolge eines völligen Um-schwunges auf dem Seefrachtenmarkt herrschenden sehr niedrigen Tonnagepreise zugrunde legte. Es ist doch auch eine völlerrechtliche Unmöglichkeit, daß die Entente in der Be-wertung der deutschen Leistungen Richter in eigener Sache ist! Hier könnte die Einlegung eines neutralen Schieds-gerichts außerordentlich klärend und die Sachatmosphäre entgiftend wirken. Was nützen dem deutschen Volke noch so übermenschliche Anstrengungen, wenn auf der anderen Seite das Bestreben herrscht, die Leistungen möglichst niedrig zu bewerten. Auf diese Weise kann Deutschland jahrhundert-lange Fronarbeit auf sich nehmen! Auch hier wie in allen anderen Fragen des Reparationsproblems ist es fraglich, ob diese scheinbar den Interessen der Alliierten dienende Taktik sich nicht letzten Endes doch als ungeheuerliche Fehlberechnung herausstellt!

Die Ausfuhrabgaben.

In der gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen Aus-schusses des Reichsrats mit dem Ausfuhrabgabenausschuß, die am Donnerstag zur Erhöhung der Ausfuhrabgabe Stellung nahm, und über deren Ergebnis wir bereits kurz berichteten, wies der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sehr eindringlich auf die Berechtigung der geplanten Erhöhung hin. Er leitete diese aus dem Zurückbleiben gewisser Teile aus dem inländischen Selbstkostenpreis hinter dem Weltmarktpreis her. Das gelte insbesondere für die Arbeitsstoffe, für die Rohstoffe, die staatlichen Verkehrskosten und die allgemeinen Generalabgaben. Während die Mark um das 260fache gefallen sei, blieben die erwählten Selbstkosten wesentlich hinter dem Weltmarktpreis zurück. Da bei der Ausfuhr eine Preissteigerung in Auslandsabrechnung vorge-schrieben sei, so entständen an vielen Stellen große Baluta-gewinne, die gleich bei ihrem Entstehen erfaßt werden könnten. Jezt betrage die Abgabe im Durchschnitt nicht ganz 4 %. Bei etwaigen Schwierigkeiten solle eine Ueberprüfung eintreten, ins-besondere in den Fällen, in denen die inländischen Rohstoffe den Weltmarktpreis erreicht haben. In der Aussprache erklärten sich die Vertreter der Arbeitnehmer für die Erhöhung, die von den Arbeitgeber abgelehnt wurde. Mit 13 gegen 11 Stimmen stimmte der Ausschuß „der Anpassung der Ausfuhrabgabe an die veränderte Devisenlage zu“. Außer den Arbeitnehmern stimmte auch ein Vertreter und der Arbeitgeber sowie der Vertreter der Reichsregierung für den Antrag. In einem bei einer Stim-menenthaltung einstimmig angenommenen Antrage wird gesagt, daß „diejenigen Erzeugnisse, die ganz überwiegend ausländische Rohstoffe enthalten“, keine oder nur eine geringe Erhöhung er-fahren.“ Bei wesentlicher Veränderung der Verhältnisse will der Ausschuß die Regierung auffordern, eventuell die erhöhte Aus-fuhrabgabe wieder generell zu ermäßigen.

Folgen der Selbstwertung.

SPD. Die kolossale Entwertung des Geldes macht den Ankauf von Rohstoffen aus dem Auslande immer schwieriger. Insbe-sondere die Arbeiterkonsumgenossenschaften, die nicht über riesige Vermögen verfügen, leiden ganz erheblich unter diesen Schwierig-keiten. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsum-vereine weist in einem Aufruf auf den Ernst der Situation hin und sagt: „Die Herbeischaffung der Betriebsmittel muß aus eigener Kraft durch Selbsthilfe geschehen.“ Ein Weg dazu ist die Erhöhung der Geschäftsanteile der einzelnen Genossenschaftsmit-glieder. Vor dem Kriege betrug dieser Geschäftsanteil 30 Gold-mark. Das sind nach dem heutigen Stand fast 800 Papier-mark. Nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages soll, um dieser Selbstwertung einigermaßen Rechnung zu tragen, um die Genossenschaften in die Lage zu versetzen, die Warenerzeugung, die Warenbeschaffung und die Warenverteilung sicher zu stellen, der Geschäftsanteil „dem Wochensohn eines besser bezahlten Ar-beiters entsprechen.“ Das wären heute mindestens 2000 Mark.“ Der Vorstand des Zentralverbandes fordert daher von allen Genossenschaften ohne Verzug Generalversammlungen einzuberufen, die Satzungen entsprechend zu ändern und die Einzahlung der Geschäftsanteile rasch vorzunehmen. Er erwartet, „daß alle in genossenschaftlichem Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein in voller Erkenntnis der Sachlage ungesäumt das tun werden, was das Interesse ihrer Vereine und der Genossenschaftsbewegung dringend fordert.“

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. August.			
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	19. August.	18. August.	
Amsterdam	100 fl.	48780.—	48379.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	9508.10	8783.05
Kristiania	100 Kr.	21672.85	11975.—
Kopenhagen	100 Kr.	27066.10	84810.90
Stockholm	100 Kr.	33108.55	30862.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	2596.75	2458.90
Rom	100 Lire	5682.90	5245.40
London	1 £	5602.95	5148.55
New York	1 Doll.	1280.98	1158.55
Paris	100 Frs.	9987.50	9263.40
Zürich	100 Frs.	29885.10	22192.25
Madrid	100 Pesetas	19685.40	18227.15
Wien	100 K.	1.55½	1.85½
Prag	100 K.	9755.30	9205.95
Budapest	100 K.	75.90	71.91

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommene am 20. August: D. Wiborg von Wiborg in 4 Tg., D. Marathon von Rostock in 3 Tg., D. Orkida von Gelle in 4 Tg., D. Borg von Gelle in 5½ Tg., S. Jolda von Köpzig in 10 Tg., D. Westkuffen von Malmö in 18 Std., D. Gauthod von Kalmars in 2 Tg., D. Björnirne von Hull in 3 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Freiwirtschaft Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interes-sen Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Auer & Co. bekräftigt diese unabweisbare Tatsache. Wer trotz-dem noch Zweifel hegt, der schaue sich die Ergebnisse der „Produktion“ in der Städtebau- und Stieblungsanstaltung an. Er wird ob der Leistungen dieses Genossenschaftsunternehmens erstaunt sein. Sie hat zwei Fünftel der Bevölkerung ihres Wirkungs-gebietes konsumgenossenschaftlich organisiert, und das will in einer Handelsstadt wie Hamburg etwas heißen. Die Stieblungs-anstaltung läßt erkennen, daß das unterdrückte Deutschland trotz größter Bitternis ungeheurer viel zur Ueberwindung der Wohnungs-not unternommen hat. Lange nicht genug, doch Achtungswertes. Viele Städte haben diese lehrreiche Ausstellung besucht. Köln, München, Stuttgart, Ulm, Klauen, Hannover, nur das nahege-legene Lübeck beging den großen Unterlassungsfehler. Die Stieblungsanstaltung zeigt einige Bilder, das ist alles.

VII.

Die Uebersee-Woche Hamburg bietet natürlich weit mehr als hier angeführt wurde. Sie bietet jedem Besucher unver-gleichlichen Anschauungsunterricht. Der Schwerpunkt liegt jedoch im Weltwirtschaftslehre, bei dem die Bedeutung bestehender Volkswirtschaftler und Praktiker der internationalen Welt das Gewissen schärfen, auf das Deutschlands Not gehoben und damit der Gesundungsprozess Europas eingeleitet werde. Die Vorder-männer rekrutieren sich naturgemäß aus der großkapitalistischen Welt. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft, nichts zu veräumen, damit sie in dem großen Ringen nicht aus dem Kreise gestoen wird. Besondere Beachtung wurde den aus den verschiedensten Ländern zusammengekommenen 300 Pressevertretern geschenkt. Ist doch die Presse der wirksamste Faktor mit, um das Ziel interna-tionaler friedlicher Gemeinschaftsarbeit zu erreichen. Das Präsidium der Gesellschaft zur Förderung der Ueberseewoche lud die Presse zum offiziellen Empfang im Mhlenhorster Fährhaus ein, und die Hamburg-Amerika-Linie bewirtete die Presse in Gemeinschaft mit der United American Lines Incorporated of New York auf dem eben aus Amerika angekommenen prächtig eingerichteten Passagierdampfer Reliance, wobei den Berichterstattern Gelegen-heit geboten wurde, die großzügige Einrichtung der modernen Dampfer dieser Gesellschaft zu besichtigen.

VIII.

Eine gute Note erhielt die Ueberseewoche durch das Er-scheinen des Reichspräsidenten Ebert. Auch die Hamburger Ar-beiterchaft bereite ihren alten Freunde eine fehrliche Begrüßung und legte gleichzeitig ein Gelübde für die deutsche Republik ab. In diesen Tagen wird Hamburgs Arbeiterschaft anlässlich der Ueberseewoche ein Fest der Arbeit begehen. Dieses Fest soll dar-tun, daß die Arbeiterschaft willens ist, aufzubauen und mitzu-wirken, daß sie aber auch acht darauf gibt, im Ringen um fried-lichen Weltfrieden ihren gerechten Anteil zu sichern.

Handelsregister.

Am 19. August 1922 ist eingetragen 1. die Firma Kurt Heede, Lübeck. Inhaber: Kurt Friedrich Theodor Heede, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma Sager & Klüsmann, Lübeck: Dem Kaufmann Willy August Hermann Ulrich Ludwig Harloff in Lübeck ist Gesamtprokura erteilt mit der Befugnis, die Firma gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen zu vertreten; 3. bei der Firma Andor Barella, Lübeck: Die Prokura des Ingenieurs Paul Rahwinkel ist erloschen; 4. bei der Firma Vereinigte Porzellanwerke zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck: Die Generalversammlung vom 5. August 1922 hat beschlossen, das Grundkapital um M. 6 000 000.— durch Ausgabe von 6000 auf den Inhaber lautenden Aktien zu je M. 1000.— zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt M. 10 000 000.—, eingeteilt in 10 000 auf den Inhaber lautenden Aktien zu je M. 1000.—. Der Ausgabekurs ist 112 %. Der § 3 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend der Erhöhung des Grundkapitals und ferner der § 18 (Zahl der Aufsichtsratsmitglieder) abgeändert; 5. bei der Firma Intersped Aktien-Gesellschaft, Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um M. 800 000.— durch Ausgabe von 800 auf den Namen lautenden Aktien zu je M. 1000.— zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt M. 1 000 000.—, eingeteilt in 1000 auf den Namen lautende Aktien zu je M. 1000.—. Die neuen Aktien werden zum Nennwert ausgegeben. Entsprechend der Kapitalerhöhung ist der § 3 des Gesellschaftsvertrages geändert. (5887) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Vereinsregister.

Am 19. August 1922 ist der „Verein der Margarine-Handelsvertreter Lübeck's und Umgegend, e. V.“, Sitz Lübeck, eingetragen worden. (5884) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Malerarbeiten für den Neubau von Kleinwohnungen an der Wendischen Straße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind bis zu dem am

Dienstag, dem 29. August 1922, mittags 12 Uhr, im Bureau, Mühlendamm 10, bestehenden Termin in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlage an das Bauamt einzureichen. Die Zeichnungsunterlagen und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Zuschlagsfrist zwei Wochen. (5807) Lübeck, den 21. August 1922. Das Bauamt, Abt. Hochbau I.

Bekanntmachung.

Unsere Geschäftsräume sind vom Allgemeinen Krankenbau nach Dävekenstraße 21, Ecke An der Mauer, verlegt worden. Erreichbar: Mittwochs 5 1/2—6 1/2 Uhr nachmittags für Frauen, 5896 7—8 für Männer. Die Fürsorgestelle für Geschlechtskranke.

Nichtamtlicher Teil.

Anni Hennings Theodor Uphal Verlobte. (5885) Lübeck, 20. August 1922.

Hand- und Maschinenformer Eisendreher bei gutem Verdienste. (5897) Pommersche Eisenwerke u. Maschinenfabrik A.-G. Barth — Ostsee.

Junges Mädchen zu sofortiger Stelle. (5898) Sonntag, 21.

Zwei leere Zimmer gel. Ang. n. A 849 c. D. G. (5899)

Mittel, auch klein. (5874) Sg. Schöberg 47.

Rosenkartoffeln billiges Futtermittel empfiehlt (5895) Henry Heim

Eine Schlichtung zu bez. (5810) Schöberg 47.

2 H. Zugänger zu verkaufen. (5904) Kirchenstraße 5.

Verloren Uhr mit Gehäuse von Matthäikirche bis Cleverdrück. Gegen Bel. abzug. Fremdbureau od. Steber, Cleverdrück. (5903)



Korummöbel zu Fabrikpreisen ab Montag 8 Uhr.

Wahlzettel. 22. Erntedankfest, 7. Oct. 9-12 u. 2-5 Uhr. (5882)

Umsatzsteuer Das neue Lohnsteuergesetz (Einheitssteuerverordnung vom 1. April 1922) Dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil. Preis Mk. 2.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Hut-Liebe

Wahmstraße 9.

Herrenhut - Umpresserei und -Reinigung

Zylinder-Bügel und -Vermieten.



Mit heute verlege ich meine Färberei von Fischergrube 64 nach Fleischhauerstraße 60

und betreibe dieselbe in Gemeinschaft mit dem Fabrikanten Richard Mevius weiter. Langjährige praktische Erfahrungen als Färber, namentlich bei Karstadt-Forges und als selbständiger Färber der Firma Lehfeldt, bürgen für fachgemäße Arbeit. Ich bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch der neuen Firma zu erhalten. Hochachtungsvoll Richard Witt.

Bezugnehmend auf Obiges empfehle ich dem geehrten Publikum unsere Färberei und Chemische Reinigung. Wir sichern sorgfältige, erstklassige Arbeit zu bei äußerst soliden Preisen. Hochachtungsvoll Mevius & Witt, Fernruf 3015. Fleischhauerstr. 60. (5899)

Der Dollar liegt! Der Dollar fällt! Zahle bis Sonnabend folgende Preise:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Großere Posten werden abgeholt und unter Garantie eingestampft, Handstandsumpen p. kilo 6.50, 14.-, 30.-, Knochen 4.40, Schwereisen 5.-, Knüllpapier 5.50, Schwer-Papier 7.50, 8.50, Krollhaare 60.00, für Stutz-, Schweif-, Pferdehaare, Ohren-, Nähren- und Frauenhaare, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Leichtmetalle, sowie sämtliche Felle. die allerbesten Tagespreise. Ueberbiete jede Konkurrenz. Bitte Offerte mitbringen. R. Lissauers Produkten-Börse 5905 5 Hartenstraße 5.

Karl Obst Am Brink 11 b. Haltbare Sohlen u. Absätze. Joh. Voss, (5880) Fleischhauerstraße 77.

ECHTE Waltherius Hienfeng-Essenz (Bestand) 12 fl. 75.-, bei 24 fl. 135.-, 3. u. 4. Klasse. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Best. bei F. Müller, Kohl-Straße 144. (5876)

Zentrale für private Fürsorge Johannistraße 47/49. Fernsprecher 5744. Sofortige Annahme von Handarbeiten u. Antiquitäten Montags und Donnerstags von 2 1/2—5 Uhr Johannistraße 49, Zimmer 3. (5883)

Das neue Lohnsteuergesetz (Einheitssteuerverordnung vom 1. April 1922) Dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil. Preis Mk. 2.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Anzeigen, die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbiten wir tags vorher. Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten. Johannisstr. 46.

Cimerbier Dienstag von 3—6 Uhr. (5873) H. Bade.

Die Kunst der freien Rede. Von Fritz Müller. Mark 12.50. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Steppdecken Anfertigung, Anfarbten u. Neubeziehungen. Spethmann, Breite Str. 31 (5881)

Fußball und Schlagball Die beiden Tischtennis-Spieler unserer Turner. Von A. Köhner und P. Brukon. Mk. 5.50. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lübeck. Bauschlosser, Elektriker und Schmiede. Dem Kollegen zur Nachricht, daß die Arbeitsgemeinschaft den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses angenommen hat. Die Löhne betragen ab 1. August für Gelehrten über 24 Jahre mit 43.70, vom 2. Lebensjahre bis zum 24. Lebensjahre Mk. 39.50, im 1. Lebensjahre Mk. 31.—. Die Ortsverwaltung.

Reit-Spring-Turnier in Travemünde

Morgen Dienstag letzter Tag. Alles Nähere aus den Plakaten ersichtlich. (5878)

Festspielwoche des Stadttheaters Lübeck vom 5. bis 9. September. Dienstag, 5. September: „Freischütz“ Gäste: Grete Stückgold-München.

Annalen, Kammerfängerin Math. Schuh-Hannover Max... Kammerfänger Rud. Ritter-Stuttgart Gaspar, Kammerf. Alfons Schützendorf, Hamburg Mittwoch, 6. September: Gerhart-Hauptmann-Feier: „Fuhrmann Henschel“ Inszeniert von Alex Otto - Hamburg Fuhrmann Henschel... Alex Otto

Donnerstag, 7. September: „Carmen“ Dirigent: Fritz Reiner - Barcelona. Gäste: Kammerfängerin Aline Sanden-Dresden, Escamillo... Kammerfänger Robert Burg-Dresden Jose... Kammerfänger Rich. Tauber-Dresden Micaela... Kammerfänger Math. Schuh-Hannover

Freitag, 8. September: „Tristan und Isolde“ Gäste: Tristan... Kammerfänger Rud. Ritter-Stuttgart Isolde, Kammerfängerin Beatrice Bauer-Kottlar-Frankfurt a. M. Kurwenal... Kammerfänger Robert Burg-Dresden Brangäne... Karin Branzell-Berlin Marke... Kammerfänger Otto Helgers-Berlin

Sonnabend, 9. September: „Russisches Ballett“ Leiter: Alexander Gavrillow-Petersburg. (5888) Tagesverkauf a. d. Theaterkasse. Abonnements für alle Veranstaltungen werden im Theaterbureau, Eingang Fischergrube, entgegengenommen.

KOLOSSEUM Morgen Dienstag, den 21. August, ab 6 Uhr: (5903) Garten-Konzert Leitung: Kapellmeister Sulanke Heiterer Künstler-Abend mit nachfolgender Reunion unter Mitwirk. mehrerer erstkl. Künstler.

Café Astoria Holstenstraße 26 5873 Täglich Künstler-Konzerte Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Verwaltungsstelle Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 22. August 1922, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1922. 3. Berichterstattung vom Verbandsrat. 4. Berichterstattung vom Ortsausschuß. 5. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Mitglieder erscheinen. Die Ortsverwaltung. (5895)

Große öffentliche Volks-Versammlung am Dienstag, dem 22. August 1922, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Die Kaufkraft des Geldes wird immer geringer, die Not und das Elend werden immer größer. Was ist zu tun? 2. Freie Aussprache. Referentin: Genossin Rosi Wolstein, Mitglied des preussischen Landtages. Arbeiter, Angestellte und Beamte, wollt Ihr Euch Aufklärung verschaffen, was die K.P.D. Euch für einen Weg zeigt, so kommt in diese Versammlung. Die Frauen sind besonders eingeladen. Zur Deckung der Unkosten 1.— Mark. Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Ortsgruppe Lübeck. (5892)

Zahle erhöhte Preise für Lampen, Eisen, Metalle, Papier, Knochen, Felle, Tierhaare usw. Flaschen reelle Abnahme. (5879) Jeder Posten wird abgeholt. Beim Verkauf von Metallen S. Kramer, bitte Zusweis mitbringen. Krähenstr. 18.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck Ungeordnete Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 22. Aug. abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht von den am 19. August in Hamburg stattgefundenen Bezirkslohnverhandlungen. 2. Bericht vom Ortsausschuß. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Circus Corty - Althoff. Lübeck - Bargfeld. Heute, Montag, 21. Aug. abends 7 1/2 Uhr: 20 Ultraaktionen ohne Pause. Eisenkönig. 50 Pferde a. einmal in der Manege. Klavierspielende Elefanten! Kleinen-Programm 3 1/2 Stunden ohne Pause! Morgen, Dienstag 7 1/2 Uhr: Sr. Vorstellung. Nach jeder Vorstellung Straßenbahnanschluß am Circus.

Trocadero. Schlüsselbuden 4. Wiener Sufi und Seben. Beginn 8 1/2 Uhr. (5882)

Hansatheater. Heute Montag und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: Der durchschlagende Erfolg Mit-Lübeck (Mit Lübeck's goldne Lieb) Hauptgesangsdiener: „Wir gehen nicht mehr zu Fuß.“ Wir fahren Omnibus Mit Frau und Kinder Nach Travemünde. 8 Gäste: Martha Boursée, Hans Schildt, Adolf Trimborn, Willy Schenk, Dir. Ernst Albert, Henry Vahl, Grete Grewil, Ella Loeb. (5902)

Stadttheater Lübeck Montag, 21. Aug. 7 Uhr: Fiesco. Vorst. für die Volksbühne. Einz. Karten a. d. Theaterkasse. Dienstag, 22. Aug. 7 1/2 Uhr: Dienstreue. Mittwoch, 23. Aug. 7.30 Uhr: Ab. D. Fra Diavolo. (5899)

Freistaat Lübeck.

Montag, 21. August.

Die Milchverteilung.

Entsprechend den Notierungen der Hamburger Butterauktion ist, wie bereits berichtet, der Preis für ein Liter Vollmilch für diese Woche auf 19,60 Mk. festgesetzt. In der vergangenen Woche galt der Milchpreis von 16 Mk., das bedeutet eine Steigerung von 3,60 Mk. pro Liter.

Diese Preisentwicklung muß, wie die Krieger „Volkszeitung“ schreibt, mit den größten Besorgnissen erfüllt sein. Wenn das so weitergehen soll, dann werden wir automatisch bald Milchpreise haben, die nur von der besitzenden Klasse bezahlt werden können. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Arbeiterfamilien und ganz besonders die Kreise, die die Milch am dringendsten brauchen, die letzten Punkte, die Kranken, die mit dem zufrieden sein müssen, was man ihnen zum Lebensunterhalt bietet, diese Milchpreise noch bezahlen können.

Der gesunde Menschenverstand kann nicht begreifen, daß das Publikum dieser Auswucherung so ganz schutzlos preisgegeben werden soll und daß nichts geschieht, um dieser Wuchererei Einhalt zu gebieten. Zunächst denkt man an die Behörden, daß diese doch Mittel in Händen haben müssen, um dem Skandal entgegenzutreten. Das ist leider nicht der Fall. Die Behörden stehen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft diesen Dingen vollkommen machtlos gegenüber. Sie haben auch nicht das geringste Recht, hier irgendwie einzuschreiten. Die Bemühungen, eine Verbilligung herbeizuführen, sind fruchtlos geblieben. Wenn irgend etwas geschehen kann, so sind lediglich die Zentralbehörden in der Lage, und zwar der Reichsernährungsminister und der Kommissar für Volksernährung. Beide Stellen haben sich bisher noch nichts merken lassen.

Wir haben zu wiederholten Malen auf die Sinnlosigkeit der Festsetzung der Milchpreise nach den Notierungen der Hamburger Butterauktion hingewiesen. Als das Angebot im Winter dieses Jahres annähernd doppelt so hoch war als heute, rechneten wir aus, daß der Milchpreis festgesetzt wird nach dem Produkt aus etwa einem Zwanzigstel der Provinzialerzeugung. Dieses Angebot auf der Auktion hat sich inzwischen von Woche zu Woche vermindert und ist heute aufseiner Höhe so gering geworden, daß der Milchpreis über die Notierungen heute nicht einmal mehr des Quantums angibt. Man kann also damit rechnen, daß heute der Milchpreis festgesetzt wird von etwa einem Dreißigstel oder Vierzigstel der Gesamtproduktion von Schleswig-Holstein. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß in Hamburg nicht nur schleswig-holsteinische Butter, sondern auch solche aus den nordhannoverschen Gebieten versteigert wird, ohne die das Angebot sonst noch weit geringer wäre. In welcher Weise nun noch sonst die Menge der verauktionierten Butter in Hamburg vermindert wird, dafür ein Beispiel: Die bedeutendste Firma für den Buttergroßhandel ist J. C. M. Schäfer in Hamburg, Neue Gröninger Straße, welche in der ganzen Provinz ihre Aufkäufer hat, und die durch Zirkular den Meierereien das Angebot macht, daß sie pro Zentner 300 Mark mehr bezahlt als was durch die Hamburger Butterauktion festgesetzt wird. Unter diesen Umständen wäre ja jeder Landmann froh, der erst keine Butter nach Hamburg zur Auktion sendet, anstatt sie direkt an die Firma J. C. M. Schäfer zu verkaufen, die 300 Mark pro Zentner mehr zahlt als die Auktion, und wodurch dann der Vorteil für die Landwirte herbeigeführt wird, daß infolge geringen Angebots die Preise natürlich höhere werden. So überbieten einige Buttergroßhändler sich selbst und die Hamburger Butterauktion. Durch diese Preissteigerungen und gegenwertigen Überbietungen wird dann künstlich der Milchpreis auf die schwindelnde Höhe getrieben, auf der er sich heute schon befindet, und die von Woche zu Woche besorgniserregender wird.

Wir fordern noch einmal die Zentralbehörden auf, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Wenn Kranke und Kinder keine Milch mehr bekommen können, dann leidet darunter

die Volksgesundheit. Solange die Zwangswirtschaft bestanden hat, konnte man selbst in den schlimmsten Zeiten die nötige Milch für die Kranken bekommen. Heute ist es unmöglich.

Soll dieser Jammerzustand ewig bleiben? Ach, August-Monat, hast du dich gewandelt! — Wie immer, wird zwar fleißig gehandelt — Mit Obst, Gemüse, manchen Leckerbissen. — Doch der Brote muß sie schmerzlich missen! — Die Hälfte seines Lohns verschlingen Brot, Milch, Butter — Wo aber bleibt das sonst so nötige Futter? — Begriffe sind Erdäpfel, Fleisch und Eier — Den meisten ist das viel zu teuer! — An Zucker denkst du ausgerechnet? — Doch dir zum Obste nicht die Zutat fehlt? — Ach rate dir, entbehrte und verzichte! — Denn nur im Märchen oder im Gedichte — Erblühen dir noch solche guten Sachen. — Wem aber sollst du einen Vorwurf machen — Dafür, daß du dir gar nichts mehr leisten? — Ach rate dir, dich niemals zu erdreisten — Die Schuld dem Landwirt etwa beizumessen; —

10 000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des Genossen Dr. Leber.

Am Sonnabend wurde vor dem Schöffengericht die Privatklagesache Dr. Leber gegen Kaufmann U h d e verhandelt — von vormittags 8½ bis nachmittags 6 Uhr dauerte die Sitzung.

Folgender Vorfall lag dem Prozeß zugrunde. Dr. Leber sah mit Frau K. in der Wirtschaft Grotzopp in der Wühlensstraße. Nach einiger Zeit betraten die Herren U h d e, Wegner, Krohn und Hinge das Lokal stark angeheitert und sehr geräuschvoll. Als sie (vom Witte) zufällig erfuhren, daß Dr. Leber in der Wirtschaft anwesend sei, regten sie sich auf, ließen sich zu Beleidigungen hinreißen, einer der Herren trat sogar an den Tisch von Dr. L. und setzte da die Beleidigungen fort. Dr. L. wollte sich deshalb entfernen und stand auf, mußte aber einige Minuten warten, da die mit ihm anwesende Dame das Lokal für kurze Zeit verlassen hatte. Und in dieser Zeit spielte sich dann eine erregte Beleidigungsszene ab. Die Herren beschimpften Dr. Leber als Lump und Judenklammer, und forderten ihn auf, doch in Arbeiterlokale zu verkehren und die „Bürger“ unter sich lassen. Dr. L. hat schließlich, daß man ihn aus Rücksicht auf die Dame in Ruhe lassen sollte. Da aber ging der Lärm erst recht los. Raus! usw. Die Witte hat schließlich Dr. L. um des Friedens willen die Wirtschaft zu verlassen, denn die anderen Herren seien ja so sehr betrunken. Dr. L. verließ schließlich das Lokal mit der Bemerkung: „Was soll ich machen? Wehre ich mich, indem ich dem einen oder anderen das Nasenbein einschlage, so erzählt nachher die ganze bürgerliche Stadt, ich hätte mich geschlagen und Prügel bekommen. Gehe ich aber weg, ohne mich zu wehren, so ruft man mir feiger Salunko nach.“ Nachgerufen wurden dann noch weitere Beleidigungen, wie „Volksbotenhalunke“ usw.

Das war der Vorgang, wie er vom Privatkläger dargestellt und wie er von den Zeugen im wesentlichen bestätigt wurde. Vertreter des Klägers war Rechtsanwalt Steinbömer, Rechtsanwalt Dr. Wittern vertrat den Angeklagten.

Gleich zu Beginn der Sitzung gab Dr. L. die Erklärung ab, daß er völlig darauf vorbereitet sei, daß die Partei des Angeklagten, nach der bekannnten Manier des „berühmten“ Rechtsanwalts Wittern, eine Menge unwesentlicher persönlicher Verunglimpfungen vorbringen werde, und daß er von vornherein mit dieser Tatsache gerechnet habe. Dies habe ihn aber nicht abhalten

Der Vermisste hat jetzt selber nichts zu essen! — Er lebt von Luft und von Balutafagen. — Die liegen diesem Duldner schwer im Magen! — Er muß wie du dich alles teuer kaufen. — Es ist, um sich die Haare auszuraufen! — Ja, gib es Schmutzger nicht und andre Schieber. — Dem Landwirt wäre es wahrscheinlich lieber! — An und für sich ist er von Herzensgüte. — Wenn nur der Dollar nicht so kräftig blühte. — Weil der ihn zwingt, den Weltpreis zu verlangen! — Wer ihn nicht zahlen kann, wird aufgehängt! — Nur eine Frage will ich mir erlauben: — Ist's nötig, uns die Lebensluft zu rauben. — Ist's nötig, daß für das, was wir erzeugen — Im Land, wir uns der Macht des Dollars beugen? — Dann gebe man dem Volk die Gegenwerte — In Geld zurück, sonst ist auf falscher Fährte. — Wer uns behindert, wie ein Mensch zu leben. — Wer uns des Rechts beraubt, zum Licht zu streben. — Wer Holz und Kleidung uns zu kaufen hindert — Und nicht bedenkt, wie es das Elend lindert. — Statt alles immer höher noch zu treiben! — Soll dieser Jammerzustand ewig bestehen?

können, diese Klage anzustrengen, denn es wären allmählich so skandalöse Zustände in öffentlichen Lokalen eingerissen — es war im März —, daß ein Sozialdemokrat jeden Augenblick mit Beleidigungen rechnen mußte. (Beispiele!) Umso mehr sei ihm die persönliche und bekannte Kampfesweise des Dr. Wittern gleichgültig, da er in seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit jederzeit vor aller Öffentlichkeit bestehen könne. Und außerdem sei er kein Kofenthal, der von dem rücksichtslosen Draufgehen Witterns sich irgendwie einschüchtern lasse.

Die Voraussetzungen erwies sich als richtig. Wittern plätherte sehr bald mitten drin — er hatte als Reichswehr den deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund mitgebracht und einen Sonderberichterstatter des „General-Anzeigers“ — mitten drin in persönlichen Klatsch und Tratsch von einem armen jungen Mädchen fing er an, mit dem Dr. Leber ein Verhältnis mis mit Folgen gehabt haben soll, und das jetzt vor Liebe und Sehnsucht nach ihm gemütskrank sei. Und trotzdem wolle Dr. L. es nicht heiraten. Die Mutter des Mädchens habe er gleich mitgebracht, die über die unglückliche Liebe ihrer Tochter ausfragen könne. Dr. L. wies die ganze Witternsche Behauptung zurück. Er habe in jeder Weise seine Pflicht erfüllt und sei mit dem Mädchen (sie ist 23jährig und Erbtochter vieler Millionen) nur deswegen völlig auseinandergekommen, weil die Gesinnungsgenossen des Dr. Wittern die Mutter solange aufgehetzt und aufgepeitscht hätten, bis sie anfang, ihm (Dr. L.) öffentlich Szenen zu machen. Wenn man aber über den ganzen Vorgang die Wahrheit hören will, so vernehme man die Tochter und nicht die Mutter; denn nicht die Tochter sei gemütskrank, sondern die Mutter. (Bezeichnend ist, daß die Mutter seit einiger Zeit die persönliche Freundin der Detektivin ist, die von Gegnern Dr. Lebers behauptet ist, um allerlei persönlichen Klatsch gegen ihn anzuführen.)

Das Gericht zog sich zu kurzer Beratung zurück und verkündete, daß die ganze Angelegenheit unwesentlich sei und mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Damit war Dr. Witterns erster Trumpf ausgespielt — er hatte nicht geflohen. Aber er hatte noch einen zweiten.

Und dieser zweite Trumpf Witterns bildete das trübste Kapitel in der ganzen persönlichen Kampfesweise. Die Zeugen bekundeten über den Tatbestand selbst, wie schon gesagt, im wesentlichen den oben geschilderten Sachverhalt. Erst als Frau K. auf-

Der Landvogt von Orefensee.

Von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

Wie ein Blitz war in dem geistig beweglichen und klugen Gewisse der Verdacht aufgefahren, es werde hier von mutwilliger Jugend das Bild einer eiteln Selbstverpögelung dargestellt, und zwar derjenigen, in Uebersetzung der von ihm gehaltenen Reden. Alle wendeten sich nach der Richtung, in welche sein langer Knöchiger Zeigefinger wies, und betrachteten das artige Schauspiel, bis endlich auch Landolt aufmerksam wurde, sich verwundert umschaute und noch die Figura ertappte, wie sie schnell das Spiegelglas ihm vom Rücken nahm.

„Was soll das bedeuten?“ fragte der alte Professor, der sich schon gefast hatte, mit ruhiger und sanfter Stimme; „will die Jugend das geschwähigke Alter verpöbeln?“

Was Figura eigentlich gewollt, wurde nie ermittelt; nur so viel ist sicher, daß sie in großer Verlegenheit dastand und von Neuem befallen war; in der Angst zeigte sie auf Landolt und sagte: „Sehen Sie denn nicht, daß ich nur mit diesem Herrn scherze?“

Nun wurde Salomon Landolt rot und blaß, da er sich für den Gesprochenen halten mußte, und weil die Gesellschaft endlich auch die zweifelhafte Natur des Schauspiels wahrnahm, verbreitete sich eine stille, etwas peinliche Spannung.

Da sprang Salomon Geßner ein, ergriff den Handspiegel und rief: „Mit nächten handelt es sich um irgendeine Verpögelung! Das Feuilleton hat die Wahrheit darstellen wollen, wie sie im Geschehe der Jugend geht, die hoffentlich niemand unserm Landolt ankündigen wird! Aber dennoch hat die Darstellerin gefehlt, denn die Wahrheit soll einzig um ihrer selbst willen bestehen und weder von der Jugend noch vom Vater in dieser oder jener Weise abhängig sein! Laßt sehen, ob ich's besser kann!“

Hiemit nahm er ein Schleierstück der nächsten Dame, drapierte sich damit die Hüften, als ob er antikisch unbekleidet wäre, und bewegte den Spiegel in der Hand, einen Steinblock als Piedestal, auf welchem er mit verrenkter Körperhaltung und süßlichem Mißgeschick die Bildsäule einer zopfigen Veritas so drohlich zur Erbauung brachte, daß Gelächter und Fröhlichkeit zurückkehrten.

Nur Salomon Landolt blieb in zerrörter Laune und schlich sich weg, einen entlegenen Wadspfad aufsuchend, um seine Gedanken zu sammeln und nachher als ein tapferer Mann aus der Menge hervorzutreten. Er war aber noch nicht lange gegangen, da er ein unbekanntes Fräulein Len an seinem Arm.

„Es erlaubt, mit dem Herrn zu promenieren?“ flüsterte sie ihm zu und schritt dann mit leichtem Fuß eine Weile neben dem Schweigenden hin, der sie trotz seines Schweigens keineswegs anmerkte. Als sie aber auf einer gewissen Höhe ange-

kommen waren, wo kein Auge sie mehr erreichen konnte, stand sie still und sagte: „Ich muß einmal mit Ihnen sprechen, da ich sonst elendiglich umkomme. Zuerst aber dieses!“

Damit schlang sie beide Arme um seinen Hals und küßte ihn. Als er dergleichen fortsetzen wollte, stieß sie ihn aber kräftig zurück.

„Das will sagen“, fuhr sie fort, „daß ich Ihnen gut bin und weiß, daß Sie mir es auch sind! Aber hier heißt's nun Amen! Aus und Amen! Denn wissen Sie, daß ich meiner Mutter auf ihrem Sterbebette versprochen habe, eine Minnie ehe sie den Geist aufgibt, daß ich niemals heiraten werde! Und ich will und muß das Versprechen halten! Sie war geisteskrank, erst schwermütig, dann schimmer, und nur in der letzten Stunde wurde sie noch einmal licht und sprach mit mir. Es ist in der Familie, kauder bald da, bald dort auf; früher übersprang es regelmäßig eine Generation, doch die Großmutter hat's gehabt, dann die Mutter, und nun fürchtet man, ich werde es auch bekommen!“

Sie ließ sich auf die Erde nieder, bedeckte das Gesicht mit den Händen und jing bitterlich an zu weinen.

Landolt kniete erschüttert bei ihr, suchte ihre Hände zu fassen und sie zu beruhigen. Er suchte nach Worten, ihr seinen Dank, seine Gefühle auszudrücken, konnte aber nichts sagen, als: „Nur Mut, das wollen wir schon machen! Das wäre etwas Schönes; da wird nichts draus!“ und so weiter.

„Aber ich rief mit erschütternder Ueberzeugung: „Nein, nein! Ich bin jetzt schon nur so lustig und froh, um die Schmerzmüt zu verschaffen, die wie ein Nachgespenst hinter mir steht, ich ahne es wohl!“

Es gab damals bei uns zu Lande noch keine besonderen Anstalten für solche Kranke; die Irren wurden, wenn sie nicht lobten, in den Familien behalten und lebten langhin als ungeliebte dämonische Wesen in der Erziehung.

Schneller, als er hoffte, erhob sich aber das weinende Mädchen; sie trocknete das Gesicht sorgfältig und entließ der Trauer mit inkonsequenter Eile.

„Genug für jetzt!“ rief sie. „Sie wissen es nun! Sie müssen ein gutes, schönes Wesen heiraten, das klüger ist als ich! Still, Schweigen Sie! Das ist das Punktum!“

Landolt mußte für einmal nichts weiter zu sagen; er blieb gerührt und erschüttert vor dem ernst drohenden Schicksal; aber er fühlte auch ein sicheres Glück in sich, das er nicht zu verlieren gedachte. Sie gingen noch so lange miteinander herum, bis die Spuren der Aufregung in Figuras schönem Gesicht verwunden waren, und kehrten dann zu der Gesellschaft zurück.

Dort war bereits ein kleiner Ball unter den jüngeren Leuten im Gange, da Herr Geßner für ein paar läudliche Musikanten gesorgt hatte.

Als aber Figura erschien, forderte der verjüngte Sobmer selbst sie auf, eine Tour mit ihm zu probieren, damit er keine Jugendlichkeit noch dorkum könne. Nachher sang sie, so oft es ohne auffällig zu werden geschehen konnte, mit Landolt, dem sie

zuflüsterte, es müsse das der letzte Tag ihrer Vertraulichkeit sein, da sie nie wisse, wann sie in das unbekannt Land abgerufen werde, wo die Geister auf Reiten gehen.

Auf der Fahrt nach der Stadt ritt er an der Seite des Wagens, auf welcher sie saß. Ihr Junglein stand nicht einen Augenblick still; von einem fruchtbeladenen Kirckbaum, unter dem er wegritt, brach er rasch einen Zweig voll knallroter Kircken und warf ihn denselben auf den Schoß.

„Danke schön!“ sagte sie und bewahrte den Zweig mit den vertrockneten Früchten noch dreißig Jahre lang sorgfältig auf; denn sie blieb bei guter Gesundheit, und das düstere Schicksal erschien nicht. Dennoch verkehrte sie unabänderlich auf ihrem Entschlusse; auch ihr Bruder Martin, welchen Salomon am nächsten Tage in aller Frühe aufsuchte, um mit ihm zu sprechen, bestätigte ihre Aussage und daß es für eine ausgemachte Sache im Hause gelte, in welchem von jeder vorzüglich die Frauen diesem Unglück ausgekehrt gewesen seien. Keinen liebten Schwager, betenechte Martin, möchte er sich wünschen als Landolten; allein er müsse ihn selbst bitten, um der Ruhe und des Friedens ihres Gemütes willen, die sich bis jetzt so leidlich ergalten, von allem weiteren abzusehen.

Landolt ergab sich nicht sogleich; vielmehr hatte er im stillen Jahre lang, ohne daß jedoch eine Veränderung in der Sache eintrat. Sein guter Mut erhielt sich nur dadurch, daß nach dem abgemessenen Zwischenräumen, nach welchen er die Figura Len wieder sah, ihre Augen ihm jedesmal zu verstehen gaben, daß er ihr liebster und bester Freund sei.

Kapitän.

Salomon lebte sieben volle Jahre dahin, ohne sich weiter um die Frauenzimmer zu kümmern, und nur der Hauswirtschaft, wie er Figura Len nannte, wohnte nach in seinem Herzen. Endlich aber gab es doch wieder eine Geschichte.

Als holländischen Kriegsdienstes zurückgekehrt, hauste damals in Zürich ein gewisser Kapitän Gimmel, der von seiner verstorbenen Frau, die eine Holländerin gewesen, eine Tochter mit sich führte und von einem kleinen Vermögen, sowie von keiner Pension in der Art lebte, daß er fast alles für sich allein brauchte.

Dieser Mann war ein arger Trunkenbold und Raucher, der sich besonders auf keine Festkunft etwas einbildete und, obgleich keineswegs mehr jung, doch immer mit den jungen Leuten verkehrte, lärmte und Skandal machte. Als Landolt einst in seiner Nähe geriet und ihm die Prahlereien des Kapitän's zuwider wurden, nahm er dessen Herausforderung auf und begab sich mit der Gesellschaft in das Haus des Gimmel, wo ein förmlicher Festsaal gehalten wurde. Dort gedachte Landolt dem alten Raucher trotz seines Leberparazens ein paar tüchtige Rippenstücke beizubringen; denn er war selbst ein guter Fechter und hatte sich schon als kleiner Junge im Schlosse zu Wülflingen und später auf der Meier Kriegsschule, sowie in Paris fleißig geübt.

(Fortsetzung folgt.)

trat, die zur Sache selbst wenig sagen konnte, war Rechtsanwalt Wittern in seinem Element. Er stellte der Zeugin Fragen so abwegigen Inhalts, daß ein Zusammenhang mit der Sache nirgends festzustellen war. Aber auch dieser zweite Trumpf Witterns schlug nicht an. Unter Eid sagte Frau R. aus, daß sie niemals in unerlaubten Beziehungen zum Kläger gestanden habe. Alle weiteren Fragen schneidet das Gericht ab mit der Begründung, daß sie nichts mit der Sache zu tun hätte.

Mit dieser Zeugenansage war der letzte Eckstein des Witternschen Verteidigungsgebäudes zusammengebrochen. Der Prozeß hatte den Höhepunkt überschritten. Schritt für Schritt wich Wittern zurück und gab seine Sache bald verloren. So nahm er auch eine Versicherung über die „hohen Herren der Bürgerschaft“ auf ausdrückliche Rüge durch das Gericht zurück, indem er auseinandersetzte, daß diese Bemerkung nicht so ernst gemeint gewesen sei.

Die Schlussreden begannen. Rechtsanwalt Steinbömer, der Vertreter Dr. Lebers, sprach in einem nicht zu langen Plädoyer glänzend, logisch aufbauend und juristisch überzeugend. Rechtsanwalt Wittern aber antwortete zerfahren, deshalb nicht überzeugend. Dann sprach Dr. L. Er wies alle beleidigenden Äußerungen gegen Frau R. auf das Schärfste zurück. Frau R. sei seine Parteifreundin, die er von der Volkshochschule her kenne. Er hätte ihr seine Hilfe in einer persönlichen Sache zur Verfügung gestellt. Er habe es unter den vorliegenden Umständen für seine Pflicht als Mensch und Sozialdemokrat gehalten, der Frau und Parteigenossin R. beizustehen. Das sei die Sachlage, von irgend welchen unerlaubten Beziehungen könne nie und nimmer die Rede sein.

Zur Sache selbst schilderte Dr. L. den Vorgang in kurzen Worten nochmals, ungefähr so wie der Hauptzeuge Groothoff. Und zum Schluß machte er darauf aufmerksam, daß es auf die Dauer unerträglich sei, daß führende Sozialdemokraten überall belästigt werden. Hunderte von Arbeitern hätten ihm angeboten, für Abhilfe zu sorgen. Er habe das abgelehnt mit der Begründung, daß man immer auf dem Wege des Rechts bleiben müsse, und daß es doch für alle Menschen Rechtsschutz gebe. Und um diesen Rechtsschutz bitte er jetzt.

Darauf sprach der Angeklagte U h d e kurz das Schlusswort; aber — der Ausgang des Prozesses konnte nicht mehr zweifelhaft sein.

1 1/2 Stunde dauerte die Gerichtsberatung; dann kam das Gericht zurück und verkündigte das Urteil: Der Angeklagte U h d e wird wegen Beleidigung des Schriftleiters Dr. Leber zu 10 000 Mark Geldstrafe und zu sämtlichen Kosten verurteilt.

Das Gericht hatte den ganzen Tag über aufs Schwerste und gewissenhaft gearbeitet, wie die Urteilsbegründung bewies.

Folgende Punkte aus dem Urteil seien dem Sinne nach hervorgehoben: Es könne unter keinen Umständen gebildet werden, daß politische Gegensätze durch Scheltworte auf der Straße oder in Wirtschaften ausgetragen werden. Und die eigentlichen Gründe zu dem vorliegenden Vorkommnis seien rein politische gewesen. Das Gericht habe nur deshalb von einer Gefängnisstrafe abgesehen, weil der Angeklagte angetrunken und offenbar nicht der Hauptschuldige gewesen sei. Aber zu einer hohen Geldstrafe habe das Gericht geurteilt, um auf den Angeklagten und die Bevölkerung Eindruck zu machen.

In den Presseberichten in den bürgerlichen Blättern ist zu bemerken, daß im Gegensatz zu den „Unbedingten Anzeigen“, welche über die Verhandlung ein kurzes und sachliches Bericht geben, der „General-Anzeiger“ eine Darstellung brachte, die nur eines Standesblätters würdig ist. Der Berichterstatter hat kaum ein Drittel des Prozesses angehört; das andere weiß er offenbar nur vom Hörensagen — und es ist auch danach. Viele General-Anzeiger-Leser werden den Kopf geschüttelt haben über diesen Bericht, der den Kläger mit allem Schmuz bewirft und dann mit der Beurteilung des Angeklagten zu 10 000 Mark Geldstrafe schließt. Ausführlich brachte der General-Anzeiger nur die völlig unbewiesenen Behauptungen Dr. Witterns. Die Antwort des Beleidigten und alles andere war ihm nebensächlich. Verpöblich ist diese Handlungsweise in einem politischen Prozeß nur dann, wenn der „General-Anzeiger“ mit der Absicht umgeht, die Witternsche Art, den politischen Gegner mit allen möglichen persönlichen Vermutungen zu bewerfen, so zu betonen zu machen. Bezeichnend für die Art des General-Anzeiger-Berichterstatters ist ferner, daß er es für nötig findet, den sozialdemokratischen Charakter des einen Schöffen hervorzuheben, die politische Zugehörigkeit der anderen Richter aber verschweigt. Eine Kampfesart eines unpolitischen Blattes! Und eine merkwürdige Auffassung von journalistischem Aufwandsgefühl!

Lohnverhandlungen für die Geschiffswerften.

Freitag fanden in Hamburg die Lohnverhandlungen für die Arbeiter der Geschiffswerften statt. Von Seiten der Arbeitnehmer war eine Forderung eingereicht, die zunächst vorsah, daß die Spannung zwischen den Löhnen der ungelernten, angelernten und gelerntem Arbeiter verringert würde. Des weiteren wurde gefordert, daß das neue Lohnabkommen schon ab nächster Lohnwoche in Kraft treten und nur bis zum 15. September gelten solle. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer war der Auffassung, daß bei den augenblicklichen, sich überhängenden Verhältnissen in der Preisgestaltung es nicht möglich sei, sich auf längere Zeit zu binden. Von Seiten der Arbeitgeber wurde ein Angebot gemacht, welches für die angelernten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, für die ungelernten eine solche von 34 Prozent vorsah. Jedoch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt, dieses Angebot schon ab nächster Woche in Kraft treten zu lassen. Des weiteren wurde die Bestimmung bis zum 15. September abgelehnt. Man vertrat vielmehr den Standpunkt, daß dieses Angebot nur für den ganzen Monat September in Frage kommen kann. Außerdem wurde von den Arbeitnehmern verlangt, die Verbandsratszulage von 1 Mk. auf 2 Mk. und die Anwartszulage von 20 Pfg. auf 1 Mk. zu erhöhen. Für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren wurde eine Lohnanhebung von 22—24 Prozent vorgeschlagen, die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer war nicht in der Lage, diesem Angebot zuzustimmen, weil einmal in der Gestaltung der vollständigen Arbeiter die Spannung noch mehr als bisher vergrößert wurde und zweitens, weil man für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren eine zu geringe Lohnanhebung anbot. Der Erhöhung der Sozialzulage konnte nicht zugestimmt werden, weil sich schon wiederholt die Arbeitgeber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen diese Zulagen erklärt hat. Der wichtigste Grund der Ablehnung war jedoch der, daß die Arbeitgeber sich bereits bereit haben lassen, die Lohnanhebung schon ab nächster Woche in Kraft treten zu lassen, was doch man weiter verlangte, daß die Arbeiter sich für

den ganzen Monat September binden sollten. Alle diese Gründe führten dazu, daß die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer und die Zentralverwertungskommission die Vorschläge der Arbeitgeber ablehnten. Heute, Montag, wird in den Betrieben eine Abstimmung über das Angebot vorgenommen.

*

Der Sonntag. So ein Sonntag ist doch etwas Grundverschiedenes von den übrigen Tagen der Woche. Schon der Gedanke, daß am Sonntag die Arbeit zu ruhen hat und er der Erholung und dem Genießen dient, gibt ihm ein von den übrigen Tagen abweichendes Gepräge. Der Ernst der Zeit hat nach dem unheilvollen Weltkrieg auch vor dem Sonntag nicht Halt gemacht, im Gegenteil, fast noch mehr als an den andern Tagen der Woche ist ihm der Stempel der Sorge und der Not aufgedrückt. Die Bier- und sonstigen Zechgelage sind zur Seltenheit geworden und statt in die Wirtschaften begeben sich die Menschen an den Sonntagen mehr als sonst in die freie Natur. Die teuren Preise für Bier und Schwaben haben einen Umschwung herbeigeführt. Der Gesundheit, den durch die Kriegswirkungen stark erschütterten Nerven, wird durch Spaziergänge in der freien Natur und durch das Verweilen in Gärten und Parkanlagen sehr genützt. Gerade die gegenwärtige Generation, die sich katastrophale Zeiterfahrungen zu durchleben hat, bedarf der Erneuerung ihrer Körper- und Geisteskräfte an den Sonntagen mehr, als je eine Generation. So werden nun immer mehr die Sonntage trotz zweifelhafter Witterung, fleißig zur Auswanderung benutzt. Das Ziel vieler Wanderer ist der Wald. Infolge der hohen Straßenbahnfahrpreise müssen manche auf weite Touren verzichten. Wenn auch das Fährschiff der Ostsee und die Anlagen der Stadt gewisse Anziehungskraft ausüben, so sehnen sich doch viele nach weiteren Touren. Wer irgendwie kann, sollte wenigstens den Sonntag nachmittags in freier frischer Natur verbringen.

Durchführung von Kuren für Kriegsbefähigte. Nach dem Reichsvorjüngengesetz kann das Reich unter gewissen Voraussetzungen Kuren in Badeorten und Lungenheilstätten gewähren. Zu diesem Zwecke hat es Plätze in 54 bekannten Kurorten und 72 Lungenheilstätten zur Verfügung und kann somit allen Anforderungen genügen. Auch ist Vorsorge getroffen, daß den Kuranträgen in kurzer Zeit entsprochen werden kann. Der Kriegsbefähigte muß sich, wenn er eine Kur beantragen will, an sein Versorgungsamt wenden; denn nur auf diesem Wege kann er eine Kostenfreie Kur erhalten. Für Kuren, die ohne Genehmigung der Versorgungsbehörden durchgeführt werden, wird kein Kostenerlass gewährt. Erfahrungsgemäß ist hauptsächlich im Sommer der Andrang zu den Bädern und Heilstätten sehr stark, während in den übrigen Jahreszeiten die Ausgelegenen in viel geringerem Grade benutzt werden, obwohl in vielen Badeorten und besonders in den Lungenheilstätten außerhalb der Sommerzeit die gleichen Erfolge erzielt werden können; es ist daher dringend zu empfehlen, die Kuranträge auch zu anderen Zeiten zu stellen. Eine Badetur kann nur dann von den Versorgungsbehörden genehmigt werden, wenn die Erkrankung des Kriegsbefähigten den Gebrauch bestimmter Kurmittel erfordert und ihre Anwendung ständig ärztlich überwacht werden muß. Ein gewöhnlicher Erholungsurlaub (Landaufenthalt, Aufenthalt in einem Luftkurort, Aufnahme in ein Erholungsheim) ist einer Badetur nicht gleichzusetzen. Er kann erforderlichenfalls bei der zuständigen amtlichen Fürsorgestelle beantragt werden.

Kortierung der Kinderpeinigung durch die Quäter. Wie der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe e. V. Berlin in Befähigung einer von uns vor einiger Zeit schon gebrachten Mitteilung bekannt gibt, besteht beabsichtigte Absicht, daß die Kinderpeinigung, wenn auch vorläufig in vermindertem Umfang, den Winter hindurch fortgesetzt werden kann. Die Mittel dazu werden wie bisher teils aus Sammlungen in deutsch-amerikanischen Kreisen, teils durch die deutsche Regierung zur Verfügung gestellt werden. Die in Deutschland anwesenden gewissen Quäter haben sich nach Amerika zurückgezogen; es handelt sich daher lediglich um die Einstellung der persönlichen Tätigkeit der Quäter nach dem 31. Juli d. J. Die Fortführung der Speisung in dem deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe übertragen.

3500 Mk. für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 21. bis 27. August zum Preise von 3500 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 1750 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post findet im selben Betrage des Nennwertes statt.

ph. Wegen Betruges wurde ein Reisender aus Kiel festgenommen, der das Buch „Dr. Königs Ratgeber“ vertriebt. Er verhandelt es, dem Käufer das Buch daselbe wieder abzuwickeln, indem er ihm sagte, er wolle daselbe als Muster vorlegen, da er kein Buch mehr bei sich habe. Er brachte die Bücher aber nicht zurück, sondern verkaufte sie weiter. In anderen Fällen kaufte er von Lesern, denen das Buch nicht gefiel, daselbe zurück, unterließ es aber, denselben den Kaufpreis zu erstatten.

ph. Diebstähle. Am 19. d. Mts. wurde einem hiesigen Bahnhöfner sein Fahrrad gestohlen. — Von einem bei der Herrenbrücke liegenden Segelboot wurde ein grau gefärbter Ledermantel, ein Dorselkoffer und ein Grammophon gestohlen. — Von einem bei Spandau liegenden Segler wurden 2 blaue Anzüge, 2 Hosen, Mäntel und eine Brieftasche gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Betriebsrat im Aufsichtsrat. Die unterzeichnete Körperschaft ersucht dringend, die Redungen der gewählten Betriebsratsmitglieder in dem Aufsichtsrat bis zum 31. d. Mts. unter genauer Angabe des Betriebes, der Industriezweige, zu welcher der Betrieb gehört, und Namen und Adresse der Gewählten dem Betriebsratssekretariat, Johannstr. 48 post. bekannt zu geben. Die Betriebsratszentrale.

Aktion Gewerkschaftsvorstände und Leiter der Jugendabteilungen! Bis zum 31. d. Mts. sind dem Gewerkschaftssekretariat die Jugendvertreter und Jugendleiter zu melden, damit denselben der Ausweis zugestellt werden kann. Wir verweisen auf den § 3 der Satzung. Spätere Meldungen können für dieses Jahr keine Berücksichtigung finden. Der Vorstand des ADGB.

Aktion Sozialisten! Dienstag 14. Mts. im Gewerkschaftshaus, Sonntag des Gen. Volzradt über Verfassungsgesetze und Verfassungsgesetze. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten. Der Arbeitsausschuß.

Angrenzende Gebiete.

Ents. In der letzten Sitzung des Stadtparlaments wurde über die Hebernahme der Siedlungs-Seitenstraße auf die Stadt zu, wozu Filopierung dieser Straße wird die Aufhebung einer Einliege von 117 000 Mk. vorgeschlagen mit 9 Prozent Zinsen. — Desweiteren wird in zweiter Lesung dem Verfassungskomitee der Hebernahme von Siedlungs-Seitenstraße des Förderns des Wohnraumes des gemeinnützigen; ebenso wird auch in zweiter Lesung die Hebernahme der Siedlungs-Seitenstraße (Dietrich Hofmann) mit für die nächste Spielplan mit 15 Siedlungs-Seitenstraße von 10 000 Mk. einstimmig bewilligt. — Desweiteren wurde der Magistrat gebeten, eine den Zeitverhältnissen entsprechende neue Gestaltung des Parkplatzes für die nächste Sommermonat anzufordern. — Als

dann wurden die Waisenräte und die Bezirksvorsteher neu gewählt. — Um der für den Winter zu erwartenden Lebensmittelnot nach Möglichkeit zu begegnen, will der Magistrat um die Kartoffelversorgung durch Abschluß größerer Lieferungsverträge bemüht sein, auch will er die Frage der Kreditgewährung bei Einbedung des ganzen Bedarfs für den Haushalt prüfen. Der Ankauf und die Ausfuhr hiesiger Kartoffeln soll in diesem Jahre behördlich geregelt werden. Gleichmit wird der Magistrat gebeten, schon jetzt wieder eine Zusammenkunft von Brennholzpreisen der Staatsforsten an die Gemeinden zur gerechten Verteilung an die Verbraucher anzustreben.

Hamburg. Beschlagnahme einer Nummer der Hamburger Volkszeitung. Die Nr. 192 der Hamburger Volkszeitung vom 18. August ist wegen des „Arbeiter, Guer Präsident ist da!“ überschriebenen Artikels auf Grund des Pressegesetzes und des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 von der Polizei beschlagnahmt worden.

Hamburg. Drei Opfer der Autoraserei. In Hamburg wurden ein Matrose und ein Dreher von einem Kraftwagen überfahren und getötet. Ferner wurde ein dreijähriger Knabe überfahren und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus verstarb.

Döbberitz. Ein schreckliches Verbrechen ist in der Gemeinde Döbberitz verübt worden. Man fand einen jungen Mann mit aufgeschlitztem Leib in einer Kuhle liegend vor. Wie er noch angeben konnte, ist er von zwei in einem Auto fahrenden Männern, wovon einer verheiratet war, entführt und später betäubt worden. Als er von seiner Bekleidung erwahte, fand er sich in diesem jammervollen Zustande. Der junge Mann ist am folgenden Morgen gestorben. — Im Streite erschossen. In Lönningen kam der Landwirt Mathias auf betrieblische Art ums Leben. Er hatte sich auf das Grundstück seines Nachbarn Grönheim zur Aufsuchung von jungen Enten begeben. Dadurch kam es zwischen den beiden zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf G. mehrere Revolverkugeln auf M. abgab, wovon zwei trafen. M. G. sah, daß er zum Mörder geworden war, flüchtete er, wurde aber später verhaftet.

Aus der Partei.

Ausschluß Lenk. Der Bezirksvorstand des Bezirksverbandes Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschloß am Freitag, dem 18. August, auf Antrag der Untersuchungskommission, einstimmig, Dr. Paul Lenk wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen die Beschlüsse der Partei und wegen ehrsüchtiger Gesinnung im Sinne der Partei, aus der Organisation auszuschließen. Gegen Dr. Lenk wurde bereits im Herbst des Vorjahres ein Verfahren wegen dauernder Mitarbeit an der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durchgeführt. In diesem Verfahren erkannte der Bezirksvorstand auf eine Rüge, dem jetzt der Ausschluß gefolgt ist.

Gewerkschaften.

Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe. In späterer Abendstunde wurde am Freitag vor dem Tarifauschuß der Buchdrucker eine Einigung in der Lohnfrage für das Buchdruckgewerbe erzielt. Danach erhöhen sich die Wochenlöhne ab 20. August in der Lohnklasse C (Gehilfen im Alter über 24 Jahre) für Verheiratete um 400 bis 500 Mk., für Ledige um 380 bis 480 Mk. die Woche; ab 1. September für Verheiratete der Lohnklasse C um weitere 250 bis 300 Mk. und für Ledige um 240 bis 290 Mk. Aufstellungen nach Altersklasse erfolgen auf der Grundlage des bisherigen Berechnungssystems. Die Maschinenleiter erhalten außerdem eine wöchentliche Leistungszulage in Höhe von 40 bis 60 Mark. Für die Hilfsarbeiter gelten die bisherigen Prozentsätze des Reichstarifes. Das neue Abkommen gilt bis einschließlich 16. September.

Aus aller Welt.

Ein Oberdampfer explodiert. Der Schlepplampfer „Kuffhäuser“ wurde bei Krieg durch Kesselexplosion vernichtet, und das Hinterteil des Schiffes vom Strom auf einen Duhentopf geworfen. Der Besizer des Dampfers, seine Frau und Sohn sind tot. Außer ihnen sollen noch ein Maschinist und eine Hilfskraft an Bord gewesen sein, über deren Verbleib nichts verlautet.

Feine Zigaretten. Pferdebedung statt Importen. Aus Berlin wird gemeldet: Die Einführung der neuen erhöhten Zigarettensteuer hat sich der Kellner Scheidegger zunutze gemacht und mit wenigen Ausnahmen bei dem Handel mit „Zigaretten“ außerordentlich gute Einnahmen erzielt. Er kaufte von einer bekannten Berliner Zigarettenfirma ein Kistchen guter Zigaretten und gab sich dann als Vertreter einer Engrosfirma aus, die jedoch nicht existiert. Er empfahl seinen Kunden, mit Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer größere Bestellungen in Zigaretten aufzugeben und sich für einige Zeit einzudecken. Die Bestellungen, die er auf diese Weise erlangte, flossen ihm sehr reichlich zu. Er konnte dann die Ware in gutverpackten und verschmückten Paketen den Auftraggebern zu, selbstverständlich mit quittierter Rechnung auf feinsten Formulare. Wenn die Käufer dann die Kistchen öffneten, fanden sie an Stelle der erwarteten guten Zigaretten eine Ladung Pferdebedung und darunter eine Schicht Sand, die da nötige Gewicht herstellte. Schließlich führte sein schlechtes Gedächtnis zu seiner Verhaftung. Er kam unglücklicherweise zu einem seiner früheren Kunden, der ihn verhaften ließ.

Witzschlag in einen Munitionswagen. Aus Budapest wird gemeldet: Bei der Nachführung eines Bataillons in Götteleb schlug ein Witz in den Munitionswagen ein. Drei Offiziere und ein Offiziersstellvertreter wurden auf der Stelle getötet. Ein Offiziersstellvertreter erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf im Spital verschied. Mehrere Offiziere wurden erheblich verletzt.

Neue Bücher.

Zweite Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Das Protokoll über diese am 17. und 18. Juni d. J. in Leipzig stattgefundene Tagung ist nun erschienen. Es erhält besonderes Interesse dadurch, daß in ihm nähere zahlenmäßige Angaben über den Anteil der Jugendlichen an der Mitgliedschaft der einzelnen Verbände gegeben werden. Die Einrichtungen der Verbände und die verschiedenen Art ihrer Betätigung für die Jugend wird dargestellt. In ausführlicher Wiederholung ist dann das Referat von A. Meißner (Berlin) über „Das neue Verfassungsrecht und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung“ zu finden, das eine Fülle von Anregungen und Hinweise auf geltende gesetzliche Bestimmungen bietet. In Zusammenhang damit stehen die Ausführungen des Ing. A. Großhild über „Berufswahlverfahren“, die aufzeigen, was auf dem Gebiete der Berufsausbildung noch zu tun ist. Die weiteren Verhandlungen der Konferenz über ein gewerkschaftliches Jugendprogramm, örtliche Jugendkartei und deren Aufgaben werden für jeden von Interesse sein, der für die Jugend tätig ist. Es ist zu hoffen, daß aus den Richtlinien, die der Referent für örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften aufstellt, in recht kurzer Zeit feste Regeln werden, die einheitliches Arbeiten wie vor dem Kriege ermöglichen. Das Protokoll kostet im Buchhandel 14 Mk.; durch die gewerkschaftlichen Organisationen ist es für Mitglieder zu Bezugspreisen zu haben.